

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Redaktion 3141.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 18.

Freitag, den 22. Januar 1909.

20. Jahrgang

## Breslaus Stadthaushalt

unterm Drucke des Wuchertarifs.

Mit einem bitteren Stoßseufzer, man könnte bald annehmen, mit einer kräftigen Verwünschung auf den Lippen, schiebt der königstreue Breslauer Magistrat dem städtischen Parlament seinen finanziellen Voranschlag für das Jahr 1909 zum Zwecke der Beratung und Beschlußfassung zu. Die Verwünschungen, welche staatliche Gesehe und die Wirtschaftspolitik des Reiches in dem weitverzweigten und verantwortungsvollen Pflichtenkreis der zweitgrößten Kommune Preußens, die schon im vergangenen Jahres durch die Entlassungen gelang erlebte, herborkommen, prüfen wir den nach oben so dürftigen und überbelebten Stadloberhäuptern folgenden despotischen Kostschrei ab, den wir an der Spitze der Statbegritung finden:

„Vor allem die durch die Zollgesetzgebung veranlaßte beträchtliche Steigerung der Preise aller Lebensmittel, der meisten Verbrauchsgüter und Mieten, die dadurch unabweisbar geordnete Erhöhung der Gehälter der Beamten und Lehrer lassen die ungedeckten Ausgaben sehr erheblich ansteigen. Die immer mehr zunehmende Verengung der städtischen Verwaltung mit unmittelbar staatlichen Einrichtungen und Anordnungen tritt dabei in sehr unerwünschter Art in Erscheinung.

Würden wir unsere Wappenheime auf den Magistratsküchen mit ihrem Preußenholz und ihren Hohenzollernsprachen nicht aus dem 17. kennen, man könnte annehmen, die Sehnsucht nach der mittelalterlichen Bürgerrepublik Breslau, die ihre Angelegenheit selbständig ordnet, wäre zurückgekehrt in die zeitigen Mänerbrüste der Breslauer Stadträte. Aber die republikanische Gefahr liegt nicht vor, lauter als der Mageruf im Verwaltungszimmer tönt in einigen Tagen, am 27. Januar, wieder das Gerausche auf Preußens unerreichte Herrlichkeit. Aber trotz alledem: die Beschwerden über die politische Mißwirtschaft in Reich und Staat sind echter und wahrer als das Festtagsstompeten in Frack und weißen Handschuhen! Ein Blick auf die städtischen Finanzen muß das auch dem Auge des Voreingenommenen mit unbefreibarer Deutlichkeit sichtbar machen. Jahr für Jahr wachsen ohnehin mit der Zunahme der Bevölkerung und der ununterbrochenen Erweiterung des Pflichtenkreises die Anforderungen, welche an die städtische Verwaltung und an den städtischen Steuerzahler gestellt werden, in welchem Maße, darüber mögen einige Zahlen Aufschluß geben. Der städtische Haushaltsplan bilanzierte im Jahre

1898 mit 17.105 274 Marl
1900 „ 18.269 470 „
1902 „ 20.999 171 „
1904 „ 22.968 716 „
1905 „ 24.974 239 „
1906 „ 27 211 583 „
1907 „ 27 684 943 „
1908 „ 29 518 207 „
1909 „ 32 478 347 „

Nicht eine einzige der vorhergegangenen Finanzperioden, nicht einmal eine zweijährige, weist eine so erhebliche Steigerung des städtischen Ausgabenetats auf, als die Mehrforderungen von 1908 zu 1909 betragen, nämlich 2.532.139 Marl, also rund 3 Millionen!

Und wofür muß die Stadt Breslau diese erheblichen Neuaufwendungen in ihrem Wirtschaftsanstalt vorsehen? Plant sie erhebliche sozialpolitische Maßnahmen, gemeinnützige Anstalten und Institute? Baut sie Arbeiterwohnhäuser, um der Wohnungsnot zu wehren, die in tausend Mitbürgern den Keim schmerzlicher Krankheit legt? Uebernimmt sie die Speisung armer Schulkinder auf städtische Kosten, weil Kriege und Arbeitslosigkeit die Zahl hungernder Kinder verdoppelt und verdreifacht? Will sie endlich den sozialdemokratischen Wunsch auf Unentgeltlichkeit der Vermittel erfüllen? Eine große Helfanstalt für Lungentranke, aber mittellose Bürger errichten? Dem Stadttheater mit einer Subvention ausschelfen? Nichts von alledem! Wohl harren diese Pläne und unzählige ebenso bringende seit Jahren ihrer Erfüllung, und kein Blick auf den Umfang der städtischen Gemeindeausgaben zeigt, auf wie vielen Gebieten ein Goldstrom von drei Millionen Marl außerordentlichen Segen stiften könnte. Bliden wir uns daraufhin den städtischen Haushaltsplan an. Die oben erwähnten Ausgaben von 32½ Millionen Marl sollen für das Jahr 1909 folgenden Zwecken dienen:

a) der Armen-, Kranken- und Wohlfahrtspflege	4.092.430 Marl
b) dem Unterrichts- und Bildungsweien	9.895.975 „
c) der Sicherheits- und Gesundheitspflege (Feuerwehr, Marktall, Straßenbeleuchtung, Kanalisation, Promenaden u.)	4.463.810 „
d) dem Schuldienst und für Steuererziehung	5.699.775 „
e) der allgemeinen Verwaltung	6.044.000 „

wobei zu a) ein reiner Zuschuß von 2.994.035, zu b) von 6.881.150, zu c) von 3.167.519, zu d) von 5.091.510

Marl geleistet werden muß. Den Rest erfordern die Zuschüsse am Hafen (186.000 Marl) und Straßenbahn (66.600 Marl), die einmaligen und die unvorhergesehenen Ausgaben, auf welche wir noch zu sprechen kommen.

In Einnahmen gewinnt die Stadt aus Gebühren und Beiträgen bei den

unter a, b, c, d, f genannten Verwaltungszweigen . . . . .	12.500.000 Marl,
darunter an indirekten Steuern rund . . .	3.270.000 „
aus dem städtischen Grundbesitz . . . . .	577.000 „
aus den Gaswerken . . . . .	1.858.000 „
aus den Elektrizitätswerken . . . . .	749.000 „
aus den Wasserwerken . . . . .	138.500 „
aus dem Schlacht- und Viehhof . . . . .	118.100 „
von der Stadtbank . . . . .	190.000 „
Festland aus 1907 . . . . .	553.000 „

wozu dann zum Ausgleich freilen muß die im Etat vorgeschlagene Steuersumme von 15.765.000 Marl, nämlich

Gemeinde-Einkommensteuer . . . . .	9.379.000 Marl,
Gemeinde-Grundsteuer . . . . .	4.800.000 „
Gewerbesteuer . . . . .	1.786.000 „

Das sind die drei direkten Steuern, welche zu den unter D) mit enthaltenen indirekten Steuern im Gesamtbeitrage von 3.270.000 Marl treten. In indirekten Gemeindesteuern werden nämlich erhoben:

Schlachtsteuer . . . . .	1.800.000 Marl.
Bildsteuer . . . . .	50.000 „
Gefäßsteuer . . . . .	12.000 „
Vierbein . . . . .	200.000 „
Unbarbeitssteuer . . . . .	140.000 „
Grundsteuer . . . . .	110.000 „
Umsatzsteuer vom Grundbesitz . . . . .	650.000 „
Wertzunwachssteuer . . . . .	150.000 „

Die 3 Millionen Marl Mehrforderung für 1909, die in der Hauptfache durch eine beträchtliche Erhöhung der Gemeindesteuern aufgebracht werden müssen, welchem der obgenannten Verwaltungszweige sollen sie also dienen? Abgesehen von den natürlichen Erweiterungen, die mit dem Wachstum der Stadt konform gehen und in diesem Jahre notgedrungen unter das normale Niveau herabgedrückt sind, trägt den Betrag der durch unseren staatlichen Lebensmittlwucher notwendig gewordenen Mehraufwand für die Beamten. Es sind nämlich vorgesehen an

Gehalts-Erhöhung für Beamte . . . . .	1.200.000
Erhöhung der Polizeikosten . . . . .	267 000
Erhöhung der Provinzialabgaben . . . . .	25.000

wozu noch 221.000 Marl Mehrausgaben für die Krankenhäuser kommen, die nur zum Teil durch Erweiterung der Anstalten, zum anderen Teil jedoch ebenfalls durch die Verteuerung der Verpflegung erforderlich werden. Alles in allem ein Aufwand von fast 1.800.000 Marl, genau so viel als die von sozialdemokratischer Seite so oft beanstandete Schlachtsteuer einbringt. Wenn wir seit nunmehr zehn Jahren regelmäßig Jahr für Jahr ihre Abschaffung forderten, dann antwortete uns der Magistratsbezernent — auch in den wirtschaftlich günstigen Jahren, wo 1½ bis 2½ Millionen Marl Ueberschüsse vorhanden waren —, daß ein Ausfall in der Höhe der Schlachtsteuereinnahmen für die Stadt unerträglich sei. Jetzt aber muß dieselbe Stadt, auf Kommando von oben her, ohne weiter ein gewichtiges Wort einwenden zu können, diese enormen Ausgaben machen, um nur den Schaden einigermaßen auszugleichen, den der Lebensmittlwucher der Konserbativen der Bevölkerung zufügt. Bei Polizei- und Provinzialkosten wird das einfach bedient, bei den Gehaltserhöhungen handelt es sich um eine an Zwang grenzende Verpflichtung, und so muß die Stadt die Mittel herbeischaffen, die freiwillig zum Nutzen der Bevölkerung auszuwerfen sich ihre Vertreter nicht entschließen konnten. Obendrein mit der Aussicht, daß der damals vermiedene Ausfall nun als drohendes Gespenst an der Pforte zum nächstjährigen Haushaltsplan steht und in finanziell mageren Jahren den Tribut fordert, den man ihm in den fetten nicht gewähren zu können glaubte.

Müssen wir also unseren Hauptvorwurf gegen die wirtschaftspolitischen Raubpolitiker im Reich und Staat richten, die neben dem Privathaushalt jeder Arbeiter-, Handwerker- und Beamtenfamilie auch die großen Wirtschaften der Kommunen aussprengen und ausplündern, so sind doch auch die städtischen Verwaltungsmänner nicht von Schuld freizusprechen, die sich einer rechtzeitigen Sanierungskur der Finanzen, wie die Sozialdemokraten sie vorschlugen, aus Angst vor den ungebärdigen Spielern und den unpatriotischen hohen Steuerzahlern entzogen. Kämmerer Matthes, der nun die Suppe ausschöpfen soll, welche die Brotwucherer eingebrockt haben, schob damals die Abschaffung der Schlachtsteuer bis zum erlaubten Endtermin hinaus, weil die Erhöhung des direkten Steuerzuschlages Unwillen erregen würde, aber er wollte die Umwälzung der Finanzen durch Ansammlung eines Fonds und Stärkung der Betriebswerke allmählich vorbereiten. Auch damit ist's Effig geworden, das Unglück mit unserer Wasserversorgung und die trotz Tarifherabsetzung nicht ein-

getrelene bessere Rentabilität des Elektrizitätswerkes machte die Essnungen größtenteils zuschanden. Der Ansammlung von Fonds aber stand der Umstand entgegen, daß die direkten Steuern immer auf das niedrigste mögliche Niveau herabgedrückt wurden, wenn nur irgendwie ein Mitschuld innerhalb der Finanzverwaltung sich zeigte. Die Gemeindesteuerzuschläge zu den Einkommensteuern betragen nämlich in den Jahren

1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
134 %	144 %	150 %	136 %	136 %	136 %	149 %

Den Herabsetzungen in den Jahren 1905—1907, hervorgerufen durch hohe Ueberschüsse der Vorjahre, traten die beiden sozialdemokratischen Vertreter sofort entgegen, um die Aufhebung der indirekten Nahrungsmittelsteuern schon damals möglich zu machen. Namentlich vergeblich. Wenn darum heute die Finanzprojekte den Politikern der Stadt wie Kartenhäuser über dem Kopfe zusammenbrechen, sind sie nicht frei von Mitschuld. Und dabei ist das Trauerspiel mit den vorgeschlagenen Steuerherabsetzungen um 20 Prozent noch nicht zu Ende. Unter alledem lauert die Gas- und Elektrizitätssteuer, die Entziehung der Schulbeiträge, das Hochwasserprojekt — von denen die beiden ersten neue Merkmal der Dunkelmänner bedeuten, das letztere sich anscheinend zu einem echt bürokratischen Menstrem ausgewachsen hat.

Trübe sind die Aussichten der Gemeindepolitik, wohin man blickt. Die Volkstreunde Hofheldischer Farbe haben sie der allgemeinen Verumpfung nahegeführt. Wenn das große Erwachen kommt nach dem patriotischen Taumel — dann treten wie die Erbschaft an: bei den Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen!

## Bilows neue Sak.

Aus der Rede des Reichszanlers, die er als preussischer Ministerpräsident am Dienstag vor Kamern und Jungerentossen hielt, drucken wir den Passus über die Sozialdemokratie zur Kennzeichnung des Redners noch einmal ausführlich ab:

Ich habe mich nicht auf dem Herzen, daß es die Regierung müsse energischer vorgehen gegen die Sozialdemokratie. Meine Herren, meiner Pflicht gegenüber der Sozialdemokratie bin ich mir sehr wohl bewußt. Ich glaube, es gibt niemanden, der in dieser Richtung die Gefahr klarer erkennt als ich. Aber ich muß doch daran erinnern, daß es nicht gefährlich hat an gefährlichen Versuchen, die Auswüchse der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Woran sind diese Versuche gescheitert? Nicht an der Regierung, sondern an der Unzeitigkeit der bürgerlichen Parteien. Der von mir hochverehrte Graf Leo Eulenburg, gewiß ein konservativer Staatsmann, hat einmal — ich glaube bei Beratung der Vergarbiternobelle im Herrenhause — in einer bedeutenden und bedeutamen Rede den Wunsch ausgesprochen, daß die bürgerlichen Parteien sich immer mehr bewußt werden möchten der Macht, die heutzutage in der öffentlichen Meinung liegt. Er hat auf die geistigen Waffen hingewiesen, mit denen wir die Sozialdemokratie bekämpfen müssen. Schließen sich, jagte er, die bürgerlichen Parteien alle zusammen zur Bekämpfung der antireligiösen, antimoralischen, antinationalen und antiozialen Bestrebungen der Sozialdemokratie, dann, aber nur dann, werden wir sie überwinden. Ich weiß wohl, daß die Sozialdemokraten mit Mißgunst auf die Erregungsaktionen und die Machthebellung Deutschlands sehen, ich weiß auch wohl, daß es möglich ist, den Sozialdemokraten gegenüber den Weg der Besetzung zu beschreiten und daß es möglich ist, das, was man auf diesem Gebiete für nötig hält, mit allen Mitteln durchzuführen. Um das zu tun, muß die Regierung aber die Ueberzeugung erlangt haben, daß die vorhandenen Mittel selbst bei einer starken, durchlosen Anwendung nicht mehr ausreichen. Diese Ueberzeugung hat die Regierung noch nicht gewonnen (Hört, hört!), und darüber müssen wir uns auch von vornherein klar sein, daß ein Vorgehen auf gesetzgeberischem Wege kein Abwehlmittel ist.

Worauf es ankommt, ist, daß die Regierung in diesem Kampfe gegen die Sozialdemokratie auch wirklich unterstützt wird, daß alle diejenigen, die nicht wünschen, daß die Sozialdemokratie unsere bürgerliche Gesellschaftsordnung stürzt, dafür sorgen, daß die Regierung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie unterstützt wird. Dazu gehört auch, daß die bürgerlichen Parteien mehr Kraft in ihrer Kritik und daß sie nicht durch eine übertriebene Kritik die Autorität schwächen, die sie doch stärken müßten. (Sehr richtig! recht!). In vielen Fällen ist aber durch die scharfe Kritik der bürgerlichen Parteien und in der Presse die Autorität des Staates geschädigt worden. Ich will nicht zu weit gehen, wenn ich sage, daß die Ehrfurcht, die Xrone vor dem Throne dadurch erschüttert wird. Ich schene mich aber nicht, es auszusprechen, daß in dieser Richtung in den letzten Jahrzehnten fürchtbar geschädigt worden ist. (Zustimmung.) Auch in Kreisen, zu deren Tradition die Unterstützung des Königtums in erster Linie gehört. Auch die sind über das Maß des politischen Nichtigens, über das Maß des zulässigen wirklich hinausgegangen. (Sehr richtig!)

Fürst Bülow ist offenbar einer heimtückischen Ministerkrankheit zum Opfer gefallen, die sich jetzt bei ihm in staatserschütternden Schreikämpfen ausläßt. Derlei hört sich immer gefährlicher an, als es ist, und wenn der Patient die Krankheit glücklich übersteht, wird er kaum wünschen, daß später jedes Wort, das er damals gesprochen hat, auf die Goldwaage gelegt wird.

Um ganz ohne Umstände und Bilder zu reden: Fürst Bülow ist bei Wilhelm II. gründlich in Ungnade gefallen; er kämpft schon gegen einen Kreis von Schweifwedlern und Eisenfressern, die dem Kaiser erzählen, daß sein Kanzler nicht mehr zeitgemäß sei, daß er die auswärtige Politik verfahren und im November die Inter-

### Politische Uebersicht.

Allen der Krone preisgegeben habe. Herr Mülow hätte beinahe keinen Freund mehr am Hofe, Verbände ihn nicht enge Freundschaft mit dem berühmten Oberhofmeister der Kaiserin, dem Freiherrn von Ribbach, den er seiner Zeit aus allen Hässlichkeiten des Sündenbuchs und des Kontos R.-Standards retten half, und der es ihm jetzt dankt. Nur aus diesen Umständen erklärt sich das aufgeregte Wohlwollen des Reichskanzlers zur kuchenreifen Königsstreu und zum unentregten Royalismus der äussersten Reaktion.

Mit daher das, was der Reichskanzler über die Möglichkeit eines neuen Sozialistengesetzes sagte, keineswegs tragisch zu nehmen, so verdient es doch Beachtung als Symptom für die Stimmung der Kreise, denen Herr Mülow nach dem Munde zu reden bemüht ist. Wir haben der staatsmännischen Kunst des Reichskanzlers nie ein größeres Maß von Achtung entgegengebracht, als sie verdient — aber weder ist Mülow gekesselt, noch ist er ein Mann, der dem politischen Leben in kindlicher Unerschrockenheit gegenübersteht, und darum ist es unmöglich zu glauben, daß Herr Mülow ein neues Sozialistengesetz für möglich und irgendwieweils wünschenswert hält. Ein neues Sozialistengesetz würde den Sieg der Sozialdemokratie eher beschleunigen als aufhalten, und zwar um so gewisser, je schärfer und brutaler es wäre, aber zugleich harte das Deutsche Reich und das deutsche Volk der Gefahr von Erschütterungen ausgesetzt, die seine Existenz in Frage stellen könnten. Man darf annehmen, daß der Reichskanzler das ebenso gut weiß, wie wir, denn darin sind heute wohl alle politisch unterrichteten Leute einig, ausgenommen ein paar reaktionäre Heißhühner in der Umgebung des Kaisers.

Im Anschluß an die Kaiserrede stimmt die „Schlesische Zeitung“ ihr altes Klagegedicht gegen die Sozialdemokratie an und macht den Breslauer Bürgern bittere Vorwürfe:

Wir haben in Breslau eine lebende Erinnerung an den Tag, da es der ersten Bürgerwahl gelang, der Unruhpartei die parlamentarische Vertretung der zweitgrößten Stadt Preußens zu erwirken. Aus der Erfahrung dieses Erfolges hätten wir mehr Freude an der politischen Pflanzkultur schöpfen sollen, als es leider geschehen ist. Die Breslauer Kommunalwahlen haben das Bürgerturn nicht auf dem Platze stehen, auf den es gehörte, die Berliner Landtagswahlen haben es nicht vermocht, dem Odium zu entgehen, daß sie die ersten Sozialdemokraten in dem Landtag haben einsitzen lassen, und das allwissende Dreden und Dreden an einem Wort des Kaisers hat dem Kaiser nur zu sehr das Recht zu der Forderung gegeben, daß die bürgerlichen Parteien Maß halten sollen in ihrer Kritik und nicht durch eine übertriebene Kritik die Autorität schwächen, die sie doch hüten mußten.

Slangsam zieht also auch bei den ersigreichsten Feindern die Ueberzeugung ein, daß es nichts ist mit dem Niederreiten. Was an uns liegt, soll geschehen, um diese Ueberzeugung zu festigen.

### Was ist ein Royalist?

Herr Mülow hat sich in seiner neuesten Rede als „Royalist“ bezeichnet. Da in blockfreimüthigen Kreisen vielleicht Zweifel über die eigentliche Bedeutung dieser politischen Bezeichnung bestehen, sei in Erinnerung gebracht, wie im „Großen Meyer“ das Wort „Royalist“ erklärt wird:

Royalisten (franz. für. rojalisten). Anhänger des Absolutismus und zwar des absoluten im Gegensatz zu konstitutionellen Monarchie; in Frankreich seit 1789 die Anhänger des Hauses Bourbon im Gegensatz zu den Bonapartisten und Republikanern und Legitimisten genannt.

In Frankreich hört man heute wenig mehr von den „Royalisten“. Der letzte, der von sich reden machte, war der Kaiser Mattbis, der den großen Präsidenten Fallieres auf seinem Spaziergang übernahm. Der Präsident Fallieres wird sich gewiß freuen, zu hören, daß sein größter Gegner den leitenden Staatsmann des Deutschen Reiches nunmehr als seinen engeren Genüßgenossen begrüßen darf.

### Die Kassierung der sozialdemokratischen Mandate im preussischen Landtag.

Die „Tägliche Rundschau“ berichtet: Soweit über die Stimmung in der Wahlprüfungskommission etwas verlautet, dürfte infolge der verschiedenen Veranlagungsarten bei Aufstellung der Listen sowohl die angeführten vier sozialdemokratischen Berliner Wahlen als auch die freiwählige Wahl von Schöneberg-Nixdorf kassiert werden.

Vielleicht sorgen also die Konservativen doch noch dafür, daß das Sprichwort an ihren Freunden zur Wahrheit wird: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

### Das sächsische Pluralwahlrecht gesichert.

In der ersten Kammer, in der über das Pluralwahlrecht beraten werden sollte, erklärte der Präsident, nachdem das Haus schon dreiviertel Stunden gewartet hatte, die Verhandlungen müssen vorläufig verläßt werden, weil sich neue Schwierigkeiten eingestellt haben.

Sicherem Vernehmen nach wollten die Nationalliberalen nicht mehr mitmachen; sie haben sofort eine Fraktionsführung ernannt. Ein späteres Telegramm meldet: Die Schwierigkeiten scheinen jetzt gehoben zu sein; denn die erste Kammer ist in die Beratungen eingetreten. Der Reichsrat Dr. Wach erklärte, daß für den Wahlgewerkschaften in beiden Kammern nunmehr eine Zweidrittelmajorität vorhanden sei.

Dem neuesten Telegramm zufolge, hatte die erste Kammer nur eine ganz kurze Sitzung. Der Minister gab eine zustimmende Erklärung der Regierung ab. Er wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Das dürfte die Einführung des Pluralwahlrechts in Sachsen bedeuten.

### Für die Aushebung der Fahrkartensteuer nach der Vorlage des Herrn Endow sind in der Reichstags-

Kommission bekanntlich nur die Sozialdemokraten und Freiwähligen eingetreten, während das Zentrum für eine sogenannte Reform eintrat und seinen Willen mit der Unterstützung der Konservativen und Nationalliberalen durchsetzte. Wie bisher übereinstimmend gemeldet wurde, soll diese völlig antiökonomische „Reform“ dahin gehen, daß die Steuer für die beiden oberen Klassen herabgesetzt, für die dritte erhöht und für die vierte Klasse neu eingeführt wird. Nachträglich wird aber selbst dem Zentrum vor dieser famosen „Reform“ bange, und deshalb behauptet die „Germania“, kein einziger Zentrum Abgeordneter habe etwas davon in der Kommission gesagt, daß die unteren Eisenbahnklassen mehr belastet werden und insbesondere die vierte Klasse herangezogen werden soll. „Wie die Reform aussallen soll, das ist abzuwarten; zu einer reformatio in pejus (verschlechternde Reform) dürfte die Fraktion ihre Zustimmung doch wohl so leicht nicht geben.“

Diese Nichtigeit würde erst dann ihren vollen Wert erhalten, wenn die „Germania“ angeben würde, wie sich denn das Zentrum die Reform denkt. Denn daß die Zentrum Abgeordneten in der Budgetkommission eine Reform beantragen, ohne auch nur einen Satz Schimmer von deren Inhalt zu haben, ist doch kaum anzunehmen. Heraus mit der Sprache, worin besteht die Reform?

### Die Krankenversicherung im Jahre 1907.

Im Jahre 1907 waren im deutschen Reich 23.232 Krankenkassen vorhanden, 18 mehr als im Vorjahre.

Der Mitgliederzahl nach stehen hierunter die Ortsklassen, der Kassenzahl nach die Betriebsklassen an der Spitze; es waren vor-

8290	Gemeindefrankenkassen mit	1.564.756	Mitgliedern
4757	Ortskrankenkassen mit	6.194.168	„
7914	Betriebskrankenkassen mit	3.156.221	„
41	Baufrankenkassen mit	19.697	„
781	Armen krankenkassen mit	261.601	„
1318	Einkaufsstellen Krankenkassen mit	303.369	„
151	Versicherungsstellen Krankenkassen mit	36.029	„

Die Gesamtzahl der Mitglieder im Durchschnitt des Jahres beträgt 12.138.966, der Zuwachs an Mitgliedern gegen das Vorjahr rund 450.000. Das Wachstum betrifft hauptsächlich wieder die Ortskrankenkassen mit 244.000 Mitgliedern, auch die Betriebskrankenkassen nehmen mit 165.000 an dem Wachstum teil. Ferner die Gemeindefrankenkassenversicherung mit 24.000 und die einzelbetrieblichen Hilfsklassen mit 19.000.

Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit stellt sich auf 4.956.998 mit 97.148.780 Krankentagen. Auf ein Mitglied kommen durchschnittlich 0,41 Erkrankungsfall und 8,0 Krankentage, für welche Krankengeld oder Krankenhaustilgung gewährt wurde, gegen 0,38 Erkrankungsfall mit 7,48 Krankentagen im Vorjahre.

Die ordentlichen Einnahmen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Zuschüsse, Erbschaftungen, sonstige Einnahmen, abzüglich derer für die Invalidenversicherung) betragen 319.592.187 Mark, darunter die Beiträge (einschließlich Zusatzbeiträge) 298.301.302 Mark.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankentilgungen, Erbschaftungen, zurückgesetzte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungs-Ausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) betragen sich auf 299.091.756 Mark, darunter Krankentilgungen 273.878.506 Mark, welche sich verteilen auf:

Heilliche Behandlung	62.125.789
Arznei und sonstige Heilmittel	40.157.749
Krankenwärter	121.416.115
Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen	5.493.901
Sterbegelder	7.122.348
Invalidenversicherung	36.167.635
Fürsorge für Reformalteszenten	204.576

Auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 22,56 Mark Krankentilgungen.

Die Verwaltungskosten, abzüglich derer für die Invalidenversicherung, betragen 16.692.900 Mark, auf ein Mitglied durchschnittlich bei den Ortskrankenkassen 2,12 Mark, bei den Invalidenkrankenkassen 2,58 Mark und bei den einzelbetrieblichen Hilfsklassen 2,49 Mark; bei den Betriebs- und Baukrankenkassen werden sie fast ganz von den Betriebsunternehmern, in der Gemeindefrankenkassenversicherung ganz von den Gemeinden getragen. Bei allen Kassen überhaupt betragen die Verwaltungskosten daher nur auf 1,38 Mark durchschnittlich.

Das Gesamtvermögen betrug rund 245 Millionen Mark (im Vorjahre 230), wovon auf die Ortskrankenkassen 112,8, die Betriebskrankenkassen 103,8 und die einzelbetrieblichen Hilfsklassen 18,9 Millionen Mark entfielen.

**Landtag gegen Reichstag.** Nach zweitägiger Verhandlung hat die württembergische zweite Kammer sich gegen die Gas-, Elektrizitäts- und Weinsteuer ausgesprochen und der Kassanna Ausdruck gegeben, daß der Reichstag den genannten Steuern die Zustimmung verweigern werde. Ferner wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die württembergische Regierung bei den weiteren Verhandlungen über die Steuerreform im Bundesrat für keine dieser Steuern eintreten werde. Ein von den Sozialdemokraten und Zentrum Abgeordneten eingebrachter Antrag, der sein Bedauern darüber ausdrückt, daß die württembergische Regierung diesen Steuerentwürfen zustimme, wurde gegen Sozialdemokraten, Zentrum und einige Mitglieder der Volkspartei abgelehnt.

**Reichstagsversammlungen.** Wöchentliche Blätter bringen die Nachricht, daß die Sozialdemokraten im Siegen er Wahlkreis für den Nationalliberalen und gegen den christlich-sozialen Kandidaten stimmen würden. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat bereits am 15. Januar Anweisung auf feste Wahlenthaltung gegeben.

Der Ausgang der Stimmabgabe zwischen Wumm (christl.-soz.) und Vogel (natl.) ist zum großen Leidwesen der Aristokraten dadurch völlig unklar geworden, daß das Zentrum seinen Anhängern die Wahl freilag. Bei der niederträchtigen Kammschwelge der Aristokraten ist es sehr leicht möglich, daß die Mehrzahl der Zentrumwähler ihre Stimme dem nationalliberalen Kandidaten gibt, um so mehr, als es Arbeiter sind, die auf den Eigentümern Wumm durchaus nicht gut zu sprechen sind.

Der Bund der Landwirte stellt für die Nachwahl im Kreise B er den einen eigenen Kandidaten auf. Im Falle seiner Wahl soll er sich der freikonservativen Partei anschließen.

Die Wahl des Abgeordneten v. d. Wense (Dannover 15), der mit 13.811 gegen 7967 welfische und 1806 sozialdemokratische Stimmen gewählt ist, wurde beanstandet und Bemerkung der Schlesien. Der Protest der Welfen richtet sich hauptsächlich gegen die Legitimation der Riegersvereine und eine Reihe Verletzungen des Wahlgeheimnisses.

Der verstorbene Bremische Senator Freese ist, wie uns mitgeteilt wird, nicht identisch mit dem Inhaber der Berliner Talfabrik Heinrich Freese, der sich des besten Wohlwills erweist. Es handelt sich bei dem Todesfall also nicht um den bekannten Sozialpolitiker, dem wir nunmehr noch ein recht lauges Wohlwollen wünschen.

Ein Sozialdemokrat in der Kirchenverwaltung. In Nürnberg ist ein kleiner Religionsstreit entbrannt. Genosse Trent, der jüngst in den Stadtrat gewählt wurde, erhielt die Ge-

### Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Carl von Seltel.

36

Es ist eine Erfahrung, die ich häufig gemacht und vielfach bestätigt gefunden habe, daß ehemalige tapfere Krieger, in den Ruhestand des friedlichen, aber unverschämten Bürger zu rückgekehrt, sich lieber von einer alten Aufwarterin wie von einem männlichen Diener ihren kleinen Haushalt führen lassen. Sie unterwerfen sich den Launen einer solchen Person. Sie gerat bald ihr Gebieterin wird, desto gehorsamer und resignierter, je strenger und gebieterischer sie früher im Dienste sich zeigten, je mehr sie auf Subordination hielten.

Der brave Mann, den unser Wulf zu sprechen verlangte, war schon auf dem besten Wege, Wulfing ein Sklave seiner Haushälterin zu werden. Diese, einwieweit ihm erst an Jahren überlegen, empfing den Besuch nicht unvollkommen. Dennoch entschied sie sich aus Mitleid für's erste Gedult, wie sie vernehmen ließ, ihn einzuführen — obgleich ihr Herr auf den Füßchen von Hornburg juchte und absichtlich fluchen wurde, wenn sie ihn unterbreche. „Was hab' ich anzumelden?“ fragte sie. „Der Tod“, erwiderte Wulf.

„Humbelcher Heiland!“ freudete sie auf und prallte vor Entsetzen zurück.

„Ich nenne mich ja“, sprach er beschwichtigend. „Sie dürfen darüber nicht erschrecken; es ist eben auch nur ein Name wie Fiedrich, Kindsbeutel, Sauer, Schif, Kräftig, Kumpel, Hummel, Crampel, Gumpel, Kümmedel, Dreckschmidt, und andere, die ich ebenfalls persönlich kenne. „Mülow“ ist nicht noch kürzerlich, wenn ich Sie erinere, mich als „Hörner von der Höhe“ zu amonieren? Und doch gibt es keinen unangenehmeren, liebenswürdigeren Herrn als denjenigen, dem ich mich in Riefen unter diesen Namen begegnete.“

„Sie sind ein Spahvogel, mein ich, Jami Ihrer Schmarre“, sagte die Alte.

„O ja, der Tod macht auch seine Späße. Wer nur Späße versteht, der steht sich ganz gut mit ihm, besser als mir die Schmarre.“

„Lernen Sie hinein“, sprach die Aufwarterin. „Ihr Sache sehr ungewiß, nachdem sie ihn brin gemeldet.“

„Ihr Herr möchte wohl viele Besucher zu empfangen und zu bescheiden haben, welche, auf die Jahre breizehn und fünfzig sich bewertend, nach abgesehenerm Mühen keinen Schick ihres eigenen Kriege mit der Welt gefunden oder nicht finden wollten. Er reichte, wie einer, der schon in der

Uebung ist, mit höflicher Formel: „Hier, mein lieber Kamerad!“ einen Zettel hin, ohne sonderlich auf den Empfänger zu achten, ohne den Blick ganz von seiner Rolle zu erheben. Erst da Wulf den Zettel nicht nahm und freundlich jagte: „Schönen Dank, ich begehre so eigentlich kein Almosen!“ — da schlug Julius die Augen nach auf und rief abgeleitet: „Kreuzstücken, mein, das ist einer aus dem III. Wo haben Sie sich den geholt?“

„Wulf erwiderte das in den behärdigsten Ausdrücken. Julius reichte ihm die Hand und sagte dann vorlegen: „Was ist das an mir? Meiner Güte verdammen Sie ... kann ich Ihnen sonst dankbar sein? Ich hätte nicht, daß wir jemals in Beziehungen zu einander gekommen hätten.“

„Doch wohl, womöglich Sie's nicht wissen“, erwiderte Wulf und erklärte ihm den Zusammenhang.

„Am jenen Abend und Hören Aufritt“, gestand Julius ehmlich, „vermag ich mich durchaus nicht zu erinnern; noch weniger an meine verächtliche Fantomie, deren Sie Erwähnung tun. Doch ich darf nicht bestreiten; darf mich auf mein Gedächtnis nicht verlassen. Ich bin etwas geräucherter Natur, weshalb ich auch den üblichen Auf habe, daß ich mich häufig verweise oder sonst Unfug auf der Bühne rede. Man trägt sich mit verdammen Geschichten von mir, wie ich höre.“

„O ich weiß“, sagte Wulf lächelnd.

„Sind Ihnen dergleichen bekannt? Dann, bitte, teilen Sie mir einige mit.“

„Sie wollen nicht übernehmen?“

„Im Gegenteil, ich will mich daran ermunigen.“

„Für zwei Proben, bis mir gerade einfallen. Der Brin in Emilia Coselli soll Kontis Nummer anreden: „Wer dich auch behänge, schändes Meiststück der Natur! Was Sie dafür wollen, schätze Mutter! Was du willst, alter Wurflopf! Höreere nur.“ Herr Julius, an jenem Abend besonders gerührt, habe den dem Vater geltenden Wurflopf, behauptet man, zu früh gebracht und ausgerufen: „Was Sie dafür wollen, ehrlicher Wurflopf von Vater.“ Dann lie ihm die Mutter (zu spät) durch den Einblüher zugeführt worden, und um zu feiern, habe er in der Angst hinzugefügt: „Was du willst, alter Brummbock von Mutter!“

Julius lachte laut auf: „Das ist wahr! Ein Ohr, das ich habe! Die alte St., eine wahre Herr von Weib, hielte Gländia und ließ sich nicht ausreden, ich hätte das absichtlich getan. O noch mehr, Heister! Ich amütere mich an mir.“

„Ein andermal gab Herr Julius der Köcher in Goethes Mühsaligen, eine seiner gemäßigten Züchtungen, die er erst inne hatte, und woran ihm nicht eine Gasse fehrte. Die hste Theaterwelt will wissen, an jenem Abend habe sich in der näch-

sten Loge eine vornehme Dame befunden, welche ihm nicht gleichgültig, und welcher er nichts weniger denn gleichgültig war. Diese Nähe habe ihn irre gemacht, und er habe seiner Sache gewiß voll Zuversicht betortet:

„Ja, ja, das ist schon was, das ist ein guter Kunde.“

„Allein Minuten sind erst sechzig eine Stunde, und dann doch Herr Meist, warum er hier ist! — Wie? — Ach, A p r a p a Popol! Man sagt mir heute früh, „In Deutschland“ ...“

„und so weiter.“

Diesmal lachte Julius nicht. Er gestand willig ein, daß ihn die Erinnerung an jenen lapsus linguae heute noch Ablauf von beinahe zehn Jahren noch immer mit Werges und Beschämung erfüllt. „Werden Sie glauben“, sagte er, „daß ich mich näher nicht mehr entschließen konnte, der gewissen Logendame jemals wieder vors Gesicht zu treten? Ich gab lieber den ganzen Handel auf, der doch bei versprach. Eine Resignation, die ...“

„Die Ihnen sonst sehr fern liegt“, ergänzte Wulf; „Sie gelten für einen von Juan.“

„Ja, nun, ich will nicht leugnen, ich habe mich früher ein wenig auf seinen Füßchen herumgetrieben. Doch hat es kein Hüllfeuer gebracht, mich zu läutern; ich bin aus dem Feuer der Schlägen einigermaßen gelutert hervorgegangen, und es fehlt mir nicht an etlichen Notabenen im sündigen Fleische, wenn ich diese auch nicht zur Schau trage, wie Sie das Ihrige. Und das bringt mich auf meine erste Frage zurück: worin kann ich Ihnen dienlich sein? Die Bühne wieder zu betreten ... diese Idee hegen Sie wohl kaum?“

„Einige Fragezeichen spulen bistweilen noch in mir herum, doch der lange Gedankengang im Antitz ruft n.e.i.n!“

„Und was haben Sie vor?“

„Was hat ein invalider Komödiant vor sich, wenn er nichts hinter sich hat als ein Leben bei herumziehenden Bänden, besseren oder schlechteren? Fragen Sie doch, was ein altes, lahmes Pferd vor sich hat, dem der letzte Besitzer nicht etwa aus mitleidiger Laune den Gnadenhaufel schenken will?“

Julius lief mit großen Schritten im Zimmer herum: „Das geht nicht so, das wäre ja entsetzlich!“ — „Dann wieder machte er Halt und griff nach seiner Rolle: „Sie sind mir keine ungenügend, sehr ungenügend! Sie sind hier an einer höchst schwierigen Aufgabe, die ich nicht zu Ihnen weiß, und die Teilnahme die ich Ihnen zuwenden muß, stört mich.“

„Was ist's denn so Schwieriges?“ fragte Wulf.

Breslau, den 21. Januar.

Hausaufgaben des ausgeschiedenen freimüthigen Magistratsrats Hofmann zugewiesen, der der städtische Vertreter in der katholischen Kirchenverwaltung war.

Das Pfarramt protestierte gegen Teus' Einsetzung in die Kirchenverwaltung wegen seiner kirchenfeindlichen politischen Stellung.

Die Steuerkommission des Reichstages begann mit der Beratung des Spezialgesetzentwurfs, und zwar zunächst mit dem Entwurf eines Gesetzes über den Zwischengabel des Reiches mit Braunkohle (Braunkohlegesetz).

Weiter stellten die Abgeordneten Freyher von Samy, Fürst Hagenfeldt u. a. folgenden Antrag: Dem Reichstag solle der Entwurf eines Gesetzes über die Verarbeitung des Braunkohles in Erntebraunkohle...

Ein Boykott der deutschen Ostafrika-Linie. Die Inhaber in Deutsch Ostafrika drohen der Deutschen Ostafrika-Linie mit dem Boykott.

Das Kloster der Eisenbahnreform wird erneut und außerordentlich dringlich bekräftigt durch die höchsten verantwortlichen Verkehrsbeamten.

Table with 4 columns: Wagen-Klasse, 1907, Prozent, 1906, Prozent. It shows statistics for passenger transport in different vehicle classes.

Trotz der Steigerung der Fahrpreise sind die Einnahmen in den ersten drei Klassen, besonders stark in der dritten, gesunken.

Ausland.

Verhinderung der ungarischen Wahlreform. Der "Neuen Freien Presse" wird aus Budapest gemeldet: Der Minister des Innern Graf Julius Andrássy ist nach Wien gefahren.

Wettbewerb für den Luftkannibalismus. Das französische Kriegsministerium hat eine Prämie von 5000 Francs und den Auftrag zur Auslieferung des aeronautischen Indostriellen zugesichert.

Die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung in Persien. Wie aus London berichtet wird, erhielt die englische Regierung eine russische Denkschrift über die unter den Anstalten...

Gegen die Todesstrafe in Russland. Der in Moskau tagende Kongress der russischen Kriminalisten nahm ohne Debatte einstimmig einen Beschluss an, sofort die Todesstrafe aufzuheben.

Der frühere Stadtverordnete Wilhelm Zeemann, der als konservativer Kandidat im vorigen Dezember dem Gemeinderat Paul Schütz unterlag...

Eine Mause in der Wärmelade. Von den vielen Klagen über die Wärmelade, die uns ständig umgibt, sei für heute noch folgende hervorgehoben: In der Wärmelade des Herrn Satta...

Achtung, Schmiebe, Kesselschmiebe und Hilfsarbeiter! Sonntag, den 24. Januar, Vormittag 11 Uhr, findet im Oberen Schloßhof...

Achtung, Dreger! Sonntag, den 24. Januar, Vormittag 11 Uhr, findet in den Union-Festhallen, Reichstraße 51, eine Branchensammlung der Dreher statt.

Bankrott auf der Hofstraße. Vor der zweiten Breslauer Strafkammer begann gestern der Prozeß wider den "Bankier" Walter Benzel und dessen Bruder Kurt Wenkel.

Grundstückversteigerung. Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeindefirma gelangte das Adlershof Nr. 6 belegene Wohnhaus, welches mit einem jährlichen Nutzungswert von 643 Mark...

Verlegung eines Postamtes. Wie wir erfahren, beabsichtigt die Postbehörde, das in dem Eckhause Adalbert- und Kleine Scheinigerstraße belegene Postamt 9 in kurzer Zeit zu verlegen.

Kriminalfälle in Breslau Vergangenheit. Donnerstag, den 21. d. M., Abends 8 Uhr, wird Herr Pastor Wackerhagen im Saale des Restaurants "Doppelblume"...

Stadttheater. Carl Goldmarks neue Oper "Ein Wintermärchen" gelangt heute Donnerstag zum ersten Male zur Wiederholung.

Die Dolmetscherin. Heute, Donnerstag, den 21. Januar, beginnt der Vorverkauf zu der am Sonntag, den 24. Januar, stattfindenden Nachmittags-Vorstellung.

Ein Abend beim Fürsten von Maroffo. Das am Sonntag, den 23. Januar, in Diebichs-Stabiliment stattfindende Bühnenkonzert wird voraussichtlich äußerst anziehend und unterhaltend zu werden.

Stichen von Maroffo. Gegen 11 1/2 Uhr beginnt der Ball. Der Altschule Saal wird am Festabend aufs Wahrendste dekoriert.

Diebstahl von Geld. Der Kutscher Carl Conrad, Wermstraße 5 wohnt, verunglückte am 18. d. M. auf dem Hofe des Grundstückes Nr. 63 dadurch, daß er einen Stein in Falle...

Diebstahl von Geld. Am 20. d. M. ist ein Mann von der Wermstraße in Haft genommen worden, der einen 13jährigen Knaben verlocken wollte...

Diebstahl von Geld. Am 18. d. M., Nachmittags, der Hausbesitzer eines Geschäfts vor einer Kolonialwarenhandlung auf der Wärmelade...

Neueste Nachrichten.

Abnehmer gegen Bülow.

Berlin, 21. Januar. Ueber die Rede des Fürsten Bülow hat der "Post-Zeitung" zufolge der konservativ-abgeordnete von Oldenburg-Fanackau in einer Versammlung des Provinzialvereins der Konservativen Westpreußen...

Bernerstörer bei Franz Josef.

Wien, 21. Januar. (S. L. B.) Heute Vormittag wird der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Weiskirchner beim Kaiser in Audienz erscheinen, um die neugewählten Abgeordneten dem Monarchen vorzustellen.

Wien, 21. Januar. (S. L. B.) Der deutsch-österreichische Sprachenstreit in der Postverwaltung hat seinen Kernpunkt darin, daß die deutschen Abgeordneten darauf bestehen, daß beim Postamt Prag die innere deutsche Dienstsprache in vollem Umfange zur Anwendung kommt.

Schweres Eisenbahn-Unglück.

Grefeld, 21. Januar. (S. L. B.) Auf dem Bahnhof Grefeld-Linne fuhr ein Güterzug auf einen Brechbock.

Das unglückliche Russland.

Petersburg, 21. Januar. (S. L. B.) Der Reichs-Sanitätsinspektor Schmidt sprach gestern in der Versammlung des Staabsamtes den ernstesten Tadel wegen der Nachlässigkeit in der Bekämpfung der Cholera aus.

Schiffskatastrophe.

London, 21. Januar. (S. L. B.) Aus Hamborough wird gemeldet, daß gestern dort ein zurückgekehrtes Fischerboot berichtete, daß gestern früh 6 Seemeilen von Hamborough entfernt, zwei unbekannte Dampfer zusammengefahren seien.

Dresden, 21. Januar. (S. L. B.) Das Landgericht verurteilte den Maler Braune, der seine Geliebte Marie Göblich mit deren Einverständnis erschossen hatte...

Hamburg, 21. Januar. (S. L. B.) Von den aus dem Blomhagen Mädchenheim in Iychoe gestohlenen 12 Mädchen sind drei gestern hier ergriffen worden.

Paris, 21. Januar. (S. L. B.) Aus Casablanca wird gemeldet, daß General D'Amade sich veranlaßt sah, Truppen aufzubrengen, weil die Zusammenhänge der sich befindenden Stämme in jüngster Zeit bedenklich dimensionen angenommen haben.

Verantwortliche Redakteur: Richard Schickel. - Verleger und Verantw. Druck: Carl Schickel. - Druckort: Breslau, Stern 2. Blatt.

Abzahlungs-Geschäfte
Biermann, Max. Dresden, Ring 82.
Niedrige Preise bei schneller Abzahlung.

Bandagisten
Riedl, W., Reichenstr. 88.
Fische, Karl, Poststr. 54.

Bäckereien u. Konditoreien
Bauer, G., Neue Leipzigerstr. 75.
Berger, W., Reichenstr. 4.
Kupke, Josef, Poststr. 4.

Berufskleidung
In Reichenstr. 82, Reichenstr. 82.
Julius Hebel, vorm. C. Fuchs.
In Reichenstr. 82.

Bier-Brauereien
Bredlauer Anton-Brauerei, Grödenstr.
Bierbrauerei, Grödenstr.
Friedrichs, Reichenstr. 82.

Bilder-Einrahmung
H. W., Poststr. 8.
Graf, E., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Bricksteine, Kohlen
Zeise, E., Poststr. 8.
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Destillationen
Wolke, Alfred, Poststr. 82.
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Drogen und Farben
Hoffmann, Dr. med. Poststr. 24.
Altmann, Dr. med. Poststr. 51.
Bauer, W., Poststr. 62.

Hammars, Max.
H. W., Poststr. 8.
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Eisen- u. Stahlwaren
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.
Gärtner, Wilhelm, Poststr. 4.

Färberei und Wäscherei
Kellner, W., Reichenstr. 82.
Niedrige Preise bei schneller Abzahlung.

Fahrräder, Nähmaschinen
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Fische und Delikatessen
Haberle, W., Poststr. 159.
A. Friede, Poststr. 19.
Schneider, W., Poststr. 52.

Fleischereien
M. Altmann, Poststr. 150/152.
Baumgart, Paul, Poststr. 11.
Bernard, H., Poststr. 4.

Friseur u. Barbier
Keller, Alfred, Poststr. 1.
Keller, Alfred, Poststr. 13.
Reich, H., Poststr. 24.

Galanterie- und Spielwaren
Gebr. J. Benjamin, Poststr. 42.
Gebr. J. Benjamin, Poststr. 42.
Keller, Alfred, Poststr. 1.

Gardinen, Teppiche
Vielhöfsmann Gd. jr., Poststr. 73-74.
V. Alartin, Poststr. 57.

Gelegenheitskäufe in Velhboas
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Grammophone, Sprechmaschinen
Grammophon, Poststr. 85.
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Haus- und Küchengeräte
Gottschalk, Poststr. 150.
Gottschalk, Poststr. 150.
Gottschalk, Poststr. 150.

Formmann, Robert, Friedrich-Wilhelmstr. 50.
Lampen, Tischlampen.

Sams, H., Poststr. 82.
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Für Händler u. Wiederverkäufer
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Kerren-Artikel
Friedrich, Poststr. 4.
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Kerren-Garderobe
Hoffmann, Poststr. 150.
Hoffmann, Poststr. 150.
Hoffmann, Poststr. 150.

Hüte und Mützen
Barth, H., Poststr. 12.
Beber, Gustav, Poststr. 30.
Fut-Hüte, Poststr. 55.

Jungbier-Verkauf
Bauer, W., Poststr. 62.
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Kaffee, Tee
Gewaltig, Heinrich, Poststr. 57.
Gewaltig, Heinrich, Poststr. 57.
Gewaltig, Heinrich, Poststr. 57.

Kakao und Schokoladen
Keller, Alfred, Poststr. 1.
Reich, H., Poststr. 24.
Reich, H., Poststr. 50.

Kleiderstoffe, Seidenwaren
Berger, H., Poststr. 50.
Freund & Kuttner, Poststr. 40.
Hedst & David, Poststr. 21.

Obersdorf, Th., Poststr. 21.
Grödenstr. 11.
Grödenstr. 11.

Optiker
Heidrich, Poststr. 27.
Stempel, H., Poststr. 9.

Papier- u. Schreibwaren
Faltin, W., Poststr. 119.
Friedrich, Fr., Poststr. 85.
Hain, Robert, Poststr. 19.

Photographische Ateliers
Atelier „Apollo“, Poststr. 20.
Atelier „Fuchs“, Poststr. 3-4.
Hahn, Paul, Poststr. 21.

Putz, Modes
Krebs, S., Poststr. 12.
Schilling & Goetze, Poststr. 30.
Tijmmer, M., Poststr. 1.

Sargmagazine
Kaiser, G., Poststr. 31.
Menzel, Franz, Poststr. 71.
Menzel, Th., Poststr. 35.

Schirme, Stöcke
Krüger, H., Poststr. 49.
Kottnow, Max, Poststr. 18.
Reich, H., Poststr. 24.

Wachstuche, Sinoeum
Duffsch, Wilhelm, Poststr. 49.
Vielhöfsmann, Poststr. 83.

Uhren u. Goldwaren
Wenger, Paul, Poststr. 12.
Wenger, Paul, Poststr. 12.
Wenger, Paul, Poststr. 12.

Waren-Häuser
Teufel, Kaufhaus, Poststr. 9.
Teufel, Kaufhaus, Poststr. 9.
Teufel, Kaufhaus, Poststr. 9.

Wäsche, Trikologes
Bielshomsky Gd. jr., Poststr. 73-74.
Friedländer, Anna, Poststr. 55.
Weller, H., Poststr. 48.

Weiss- u. Wollwaren
Gottschalk, Emil, Poststr. 23.
Dersch, W., Poststr. 19.
Friedländer, Anna, Poststr. 55.
Weller, H., Poststr. 48.

Zahn-Ateliers
Barthel, H., Poststr. 71.
Bernstein, Max, Poststr. 32.
Friedländer, Anna, Poststr. 55.
Weller, H., Poststr. 48.

Zigarettenhandlungen
Wacziarg, H., Poststr. 122.
Bernstein, Max, Poststr. 32.
Friedländer, Anna, Poststr. 55.
Weller, H., Poststr. 48.

Zigarettenhandlungen
Wacziarg, H., Poststr. 122.
Bernstein, Max, Poststr. 32.
Friedländer, Anna, Poststr. 55.
Weller, H., Poststr. 48.

Zigarettenhandlungen
Wacziarg, H., Poststr. 122.
Bernstein, Max, Poststr. 32.
Friedländer, Anna, Poststr. 55.
Weller, H., Poststr. 48.

Zigarettenhandlungen
Wacziarg, H., Poststr. 122.
Bernstein, Max, Poststr. 32.
Friedländer, Anna, Poststr. 55.
Weller, H., Poststr. 48.

Zigarettenhandlungen
Wacziarg, H., Poststr. 122.
Bernstein, Max, Poststr. 32.
Friedländer, Anna, Poststr. 55.
Weller, H., Poststr. 48.

Zigarettenhandlungen
Wacziarg, H., Poststr. 122.
Bernstein, Max, Poststr. 32.
Friedländer, Anna, Poststr. 55.
Weller, H., Poststr. 48.

Zigarettenhandlungen
Wacziarg, H., Poststr. 122.
Bernstein, Max, Poststr. 32.
Friedländer, Anna, Poststr. 55.
Weller, H., Poststr. 48.

Zigarettenhandlungen
Wacziarg, H., Poststr. 122.
Bernstein, Max, Poststr. 32.
Friedländer, Anna, Poststr. 55.
Weller, H., Poststr. 48.

Freitag, den 22. Januar 1909.

## Deutscher Reichstag.

189. Sitzung, Mittwoch, den 20. Januar, Nachmittags 1 Uhr.

### Am Bundesratsstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag Albrecht und Geroffen (Soz.):

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches das Vertragsverhältnis zwischen den

Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeitgebern sowie das Vertragsverhältnis des Gesinde's durch Vorschriften geregelt wird, welche

1. alle landesrechtlichen Vorschriften aufheben, welche Strafbestimmungen wegen Nichtantritt oder Verlassens der Arbeit oder wegen Vertragsverletzungen, Ungehorsam oder Widerspenstigkeit, wegen Verabredung und Vereinigung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen enthalten, welche
2. den in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und dem Gesinde das Recht gewähren, zur Wahrung von Berufs- und Standesinteressen Vereinigungen zu bilden und Verabredungen zu treffen, welche
3. reichsgesetzliche Krankenversicherung für das Gesinde und die landlichen Arbeiter einführen und
4. Zeit, Dauer und Art der Arbeit so regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern.

### Abg. Stadthagen (Soz.):

Seit im Dezember 1896 wurde eine Resolution angenommen, die einzelne Bestimmungen über Rechtsverhältnisse der Arbeiter, die in landwirtschaftlichen Betrieben und der Hausanwesenchaft tätig sind, verlangt. In der Kommission war vom Zentrum und seinen Freunden ein Antrag gestellt worden, diese Regelung zu schaffen. Die Freikämmerer hatten ihn aber zur Falle gebracht. Die Verhältnisse auf zivil- und strafrechtlichem Gebiet für den landlichen Arbeiter und das Gesinde sind aus dem Mittelalter übernommen. Sie stellen einen Schrittschritt längst veralteter, moderner Entwicklung hochstehender, dem Arbeitersinn feindlicher Bestimmungen dar. Wir haben deshalb verschiedene Punkte herausgehoben, die besonders der gesetzlichen Regelung bedürfen. Das sind: seitens der Arbeitgeber Vertragsverletzungen ganz und gar zu verbieten, und daß dadurch zum großen Teil die Landflucht der Arbeiter verschuldet ist, geben sogar agrarische Führer zu. Sind doch in den landlichen Arbeitsverträgen oft Bestimmungen enthalten, die geradezu eine Prämie für den Vertragsbruch der Jünger bedeuten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Jünger, der den Vertrag bricht, ist nicht strafbar. Der landliche Arbeiter aber wird mit Strafe bedroht, wenn er ungehorsam oder widerspenstig ist oder den Vertrag verletzt. Die Reichsgesetzgebung ist eine weitgehende, bezahlend der Dinge, welche Kategorien von Arbeitern diesen Regeln unterliegen.

Man kann sich wohl auf den Standpunkt stellen, daß Vertragsbruch ein Verbrechen ist. Wie kann man aber davon ausgehen, daß er nur bei einer bestimmten Klasse zu bestrafen ist, daß nur einer bestimmten Klasse das Koalitionsrecht unterbunden wird? Wie kann das Reich solche paritätisch-rechtliche Ausnahmsgesetze,

### solche Ungleichheit vor dem Gesetze dulden.

Leider gelang es bei dem Vereinsgesetz nicht, dieses Unrecht zu beseitigen, weil die kompatible reaktionäre Mehrheit der Freikämmerer dafür nicht zu haben war. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung ist diese Ungleichheit nur noch schreiender. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Verquickung zwischen Landwirtschaft und Industrie ist eine bedeutende, dennoch stehen die landwirtschaftlichen Arbeiter noch immer unter Ausnahmestimmungen. Ich erinnere das Zentrum daran, daß sein größter Führer, Windthorst, sich hier ausgesprochen hat, daß jeder Arbeiter die Koalitionsfreiheit haben müsse. Bei ihrer jetzigen Stellung im Abgeordnetenhaus und hier ist zu bestreben, daß sie von den Grundrissen ihrer besten Führer nichts mehr wissen wollen. (Zustimmung bei den Soz.) Die Koalitionsbeschränkung besteht genau wie in Preußen auch in den anderen Bundesstaaten. Ausnahmegehörte für landliche Arbeiter gibt es in Preußen, Mecklenburg, Braunschweig, Mecklenburg und in den anderen Vaterländern. Ich will nicht die Frage aufstellen, ob diese Paritätengesetze nicht schon durch Reichsgesetze aufgehoben sind. Ich bemerke aber, daß sie in einer Art gehandhabt werden, daß der landliche Arbeiter ständig vor der Gefahr steht, bestraft zu werden, sobald er sich weigert, gegen seine Gesundheit und gegen die Gebote der Sittlichkeit zu handeln. (Hört, hört! bei den Soz.) Nachdem die Richter wissen, daß agrarische Truppen ist, wird höchstens aus formellen Gründen einmal ein Arbeiter freigesprochen. (Zuruf des Abg. Krebs (Folk.): Glauben Sie denn, daß die Domänenpächter ihr Geld zwischen sollten?) Wenn Sie, Herr Abg. Krebs, der Ansicht sind, daß die Domänenpächter die Güter nicht bewirtschaften können, nun gut, so übergeben Sie sie den landlichen Arbeitern. Das wäre der erste verständliche gesetzgeberische Akt, den Sie, Herr Abg. Krebs, ausüben. (Sehr gut! bei den Soz.)

Es ist bekannt, daß

die Großgrundbesitzer mit Vorliebe ausländische Arbeiter unter falschen Vorprügelungen nach Deutschland locken. Ein russischer Arbeiter wurde, als er erklärte, daß die Versprechungen nicht gehalten wurden und die Arbeit niederlegte, und auf seine Kollegen auch in diesem Sinne erfolglos einzuwirken versuchte, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! bei den Soz.) Wie soll denn ein armer Landarbeiter, der nach Deutschland gelockt wird, aus der Unzufriedenheit der Gesetze und nur gar aus der Unzufriedenheit der Auslegung klug werden? Es ist kein Wunder, daß einer, der einmal die deutsche Gerechtigkeit geloset hat und statt des Lohnes Gefängnis erhält, sich dafür bedankt, dieses göttliche Land wieder aufzusuchen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir fordern in unserem Antrag weiterhin die endliche Einbeziehung der Landarbeiter unter die Krankenversicherungen. Das Gesinde kann zur Zeit allerdings in eine Klasse aufgenommen werden, aber nur auf Grund besonderen Statuts.

### Die Landarbeiter warten seit 25 Jahren auf ihre obligatorische Krankenversicherung.

In der Kommission war 1882 schon die Mehrheit für die Einbeziehung der Landarbeiter. Im Plenum aber erklärte sich das Zentrum dagegen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es trägt die Schuld. (Sehr wahr! bei den Soz.) Inzwischen dürfte das Zentrum wohl eingesehen haben, daß es notwendig ist, die armen Landarbeiter nicht hilflos allen Krankheitsfällen preiszugeben. Seit 1894 ist nicht einmal ein einziger landesgesetzlicher Akt zu Gunsten der Landarbeiter zu verzeichnen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daraus wird hoffentlich Herr Grobber selbst die Ueberzeugung schöpfen, daß die Reichsgesetzgebung eingreifen muß. Die erschreckend große Anzahl von Krankheitsfällen unter den Landarbeitern ist natürlich nicht allein auf die mangelnde Versicherung zurückzuführen. Die niedrigen Löhne, das außerordentlich mangelhafte Wohnwesen und vieles andere tragen bei. Aber ein Grund konnte beseitigt werden durch die Versicherung. (Sehr wahr! bei den Soz.)

In 50 bis 60 unserer Anträge haben wir Arbeitergesetzbestimmungen gefordert. Von der Menge der Gesetze auf dem Gebiete des Gesundheits- und der landlichen Arbeitsverhältnisse ist kein einziges, welches die grenzenlose Willkür der Herrschenden in den agrarischen Geftliden mildert. Der Vertragsbruch ist

unter solchen Bedingungen ein Menschenrecht. Der Arbeiter bedarf dieser Notwehr. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bereits im August 1898 hat der reaktionäre Minister des Innern (Seiterkeit bei den Soz.), eine Verordnung erlassen, daß es in Preußen ein Büchlungsrecht nicht gegeben habe, das indirekte Büchlungsrecht aber auch nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch weiterbesteht. Die gleiche Ansicht vertritt die Staatsanwaltschaft und das Oberverwaltungsgericht hat das Gesetz dahin ausgelegt, daß nur bei ungewöhnlich harter Behandlung das Gesinde den Dienst verlassen dürfe. In der Nähe von Neisse war ein Mädchen aus dem Dienst gegangen, weil es misshandelt geachtet, auch mit dem Leptischlopper mißhandelt und am Kopfe verletzt worden war. Das Landgericht erklärte, das sei keine gesundheitsgefährliche Mißhandlung, auch sei

### der Teppichlopper kein gefährliches Werkzeug

gewesen. Ich weiß nicht, ob die Richter in Neisse oder die des Kammergerichts, die das Urteil bestätigten, auch dieser Ueberzeugung bleibe würden, wenn man ihnen gegenüber den Teppichlopper so gebrauchen wollte. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich mache den Richtern gar keinen Vorwurf, stelle nur fest, was tatsächlich ganz und gar ist. Wir haben jetzt in Preußen 19 Gesindeordnungen, von denen die älteste und ebrwürdigste aus dem Jahre 1772, die jüngste aus dem Jahre 1899 ist. Auf Grund dieser Bestimmungen ergeben Urteile, die dem Empfinden der Kulturmenschen ins Gesicht schlagen. So gar unbillige Nachstellungen des Arbeitgebers werden nicht als genügender Grund zum Verlassen des Dienstes angesehen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Es muß endlich der schlechtesten Kategorie der heimischen Arbeiter, den Landarbeitern, geholfen werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Sie das befehlen, so tauschen Sie doch einmal mit den Landarbeitern, überlegen Sie doch die Tatsachen. Überlegen Sie die antiken Statuten, befolgen Sie die ergangenen Urteile, welche Ehre und Menschenwürde aufs tiefste verletzen. (Widerpruch rechts.) Entspricht es etwa der Menschenwürde, wenn dem Arbeiter mit der Peitsche in das Gesicht geschlagen wird und das oberste Gericht dieses für keine außerordentlich scharfe Behandlung erklärt? (Hört, hört! bei den Soz.) Ich hoffe, daß Sie endlich bereit sein werden, diese Schmach von dem Deutschen Reich zu nehmen. (Sehr wahr, anhaltender Beifall bei den Soz.)

### Abg. Riehe (nationalliberal):

Die Antizipation entspricht nur dem Notwendigkeitsbedürfnis. (Zustimmung rechts.) Wenn sie angenommen werden, so fällt das neue Wahlrecht der heutigen Gesellschaftsordnung. Wir Parteimitglieder leben im Frieden und Harmonie mit unseren Arbeitern, und die Bestimmungen, über die Herr Stadthagen sprach, stehen meistens nur auf dem Papier. (Lachen b. d. Soz.) Die Gesindeordnung aber ist allerdings, als veraltet, preis; sie hat aber so gut wie nichts geschadet. Die Wohnungen auf dem Lande werden immer lüdnlicher, aber die Bauern sind durch ihre Leute jetzt auch etwas reicher geworden. Die reichsgesetzliche Krankenversicherung auf die landlichen Arbeiter auszudehnen, halten auch wir für nötig. Aber der Antrag, der auch eine Beschränkung der Dauer der Arbeit verlangt, beweist, daß der Verfasser von landwirtschaftlichen Verhältnissen nichts versteht. (Zustimmung rechts.)

### Abg. v. Wilghuski (Folk):

Wir werden für den Antrag stimmen. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, die landwirtschaftlichen Arbeiter den gewerblichen gleichzustellen. (Bravo! b. d. Polen.)

### Abg. Stauffer (Wirtsh. Bgg.):

Der Antrag reizt geradezu zum Kontraktbruch. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die landlichen Arbeiter sollten durch Beschäftigung und Bezahlung am Reingewinn teilhaben. Aber so der Reichstag, hört die Sozialdemokratie auf. Eine mündliche Koalitionsfreiheit kann man den landlichen Arbeitern nicht zuwinkeln. Die reichsgesetzliche Regelung der Krankenversicherung verlangt nur so, daß die Bundesstaaten gezwungen werden, eine Versicherung einzuführen, nicht als Uebertragung der bestehenden Gesetzgebung auf das Land. Die Arbeitsdauer auf dem Lande zu regeln, ist unendlich. (Bravo! rechts.)

### Abg. Gotheim (freiw. Vereinigung):

Die einseitige Regelung des Rechtes für die Arbeiter ist eine elementare Forderung. Sie (nach rechts) erwirgen den Landarbeitern das Koalitionsrecht, indem Sie behaupten, die Ernährung des Volkes stehe dann in Frage. Der wahre Grund ist aber der, daß Sie sich sagen: „Wir wollen die Herren sein.“ Wie vereinigt kann aber ihr nationales Gefühl mit der Beschäftigung polnischer Arbeiter? Eine Regelung der landwirtschaftlichen Arbeitszeit ist durchaus möglich. Eine schematische Regelung wollen auch die Sozialdemokraten nicht. Wir sind bereit, dem Antrag zugustimmen, wenn er eine Ueberweisung an eine Kommission vor. Jedenfalls muß etwas geschehen gegen die Rechtsungleichheit. (Beif. links.)

### Abg. Vahu (konservativ):

Herr Gotheim bestet jetzt auch noch die Landarbeiter gegen Bauern und Delleute auf. Den landlichen Arbeitsverhältnissen kann man ein einheitliches Recht nicht geben. Das Koalitionsrecht muß ihnen im Interesse der Allgemeinheit beschränkt werden. Die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande sind besser als in der Großindustrie, weil auf dem Lande noch ein patriarchalisches Verhältnis herrscht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. (Schallende Heiterkeit bei den Soz.) Auch wir wünschen Krankenversicherung der landlichen Arbeiter, aber zunächst durch die Landesgesetzgebung. Die Koalitionsfreiheit auf dem Lande liefere aber einfach auf Kontraktbruch hinaus. (Lutes Lachen links.) Im Süden mag man demokratisch sein, im Norddeutschland ist scharfe Disziplin nötig. Merken Sie sich das, Herr Müller-Meinungen! (Bravo! und Handklatschen rechts, langanhaltende Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Höpfel (Folk.) bezeichnet die reichsgesetzliche Regelung der Koalitionsfrage der Landarbeiter als schwierig.

Abg. Herold (Zentr.): Die Forderung, die Gesindeordnung reichsgesetzlich zu regeln, unterstützen wir. Zum Schutze des Arbeitgebers gegen Kontraktbruch reicht die Gewerbeordnung aus. Man könnte den Schadenersatz etwas höher fixieren. Eine Gefahr bietet das Koalitionsrecht nicht. Der Forderung, die Krankenversicherung auf die Landarbeiter auszudehnen, stehen wir sympathisch gegenüber. (Beifall im Zentrum.)

Darauf verlegt sich das Haus. Die Weiterberatung des Antrags Albrecht soll am nächsten Scherminstage stattfinden. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Interpellation der Sozialdemokraten und Polen betreffs Handhabung des Vereinsgesetzes). Schluß 6 1/2 Uhr.

## Preussisches Abgeordnetenhans.

16. Sitzung, Mittwoch, den 20. Januar, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: von Rheinbaben, Bessler. Zunächst wird gemäß dem Beschluß der Geschäftsordnungskommission die Genehmigung zur Verhandlung über die Widerlegung Wehring's gegen den Abg. Poyisch (Folk. Pp.) vom Abgeordnetenhaus erteilt. Dierauf wird die erste Lesung des Etats fortgesetzt.

### Abg. Heimann (Sozialdemokrat):

(Zunächst auf der Tribüne bei der Uebernahme des Hauses sehr herzlich begrüßt.) Die Einkommen des preussischen Staates stehen hauptsächlich aus zwei Quellen, aus den Ueberschüssen der staatlichen Betriebe und den Steuern. Die direkte Besteuerung ist nicht etwa aus der Initiative des Hauses hervorgegangen, sondern aus dem Zwange der Verhältnisse, weil infolge der intellektuellen Stagnation im Reich für Preußen nichts anderes übrig blieb. Die Gestaltung der Steuer ist denn im übrigen eine solche, daß der Großgrundbesitz davon den größten Vorteil hat. (Sehr richtig! links.) Von der Bildung der Steuernklasse aus den Anfangen der 90er Jahre ist in Preußen so gut wie nichts zu merken. Die Regierung hat sich als gefühllos gegenüber den herrschenden Klassen erwiesen. An einem Königswort soll man ja nicht denken und denken, aber Still bis aus Freigabe erklärte der frühere Eisenbahnminister von Tscheli in Jahre 1893, er könnte nicht bessere Löhne zahlen, denn das würde die Privatindustrie schädigen. Und im Jahre 1908 äußerte sich der jetzige Herr Eisenbahnminister in ähnlichem Sinne. Er meint,

### die Wünsche der Eisenbahnarbeiter

wären im großen und ganzen erfüllt, vor allem muß auf die Privatindustrie Rücksicht genommen werden. Wo die staatlichen Betriebe werden nicht nach dem Wort der Februarerlasse zu Musterbetriebe ausgehakt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Früher sprach man noch von industriellen Betrieben, die dem Eisenbahnbetriebe ähnlich wären. Heute erklärt der Herr Eisenbahnminister schon auf die Verhältnisse der Landwirtschaft Rücksicht nehmen zu müssen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Staatsarbeiter unterliegen dabei einem wirtschaftlichen Zwange, wie ihn kein Privatunternehmer aufheben kann. Sie werden ihrer Staatsbürgerrechte unterworfen, unter Zustimmung dieses Hauses nahezu völlig beraubt. Bei den Landtagswahlen, wo wir das öffentliche Stimmrecht haben, werden die Arbeiter gezwungen

### als Stimmzettel der Regierung zu dienen.

Bei den Reichstagswahlen aber erschwert man ihnen die Beteiligung, indem man ihnen den Lohnausfall nicht ersetzt. Die bestbezahlten Arbeiter bei der Eisenbahn erhalten einen Durchschnittslohn von 1250 M. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mit die Eisenbahnarbeitenden werden Wohnzinsen erhoben, die mit ihrem Einkommen in gar keinen Einklang zu bringen sind. Beiträge über Materialien werden mit wöchentlichen Unternehmungen zu Zeiten hoher Konjunktur auf Jahre hinaus abgerechnet, aber für weitere Lohnaufbesserung reichen angeblich die Mittel nicht. Auf den einzelnen Arbeiter entfielen bei der letzten Lohnsteigerung 46 M. im Jahr, d. h.

### 80 Pfennig pro Woche.

(Hört, hört! b. d. Soz.) Die Last der weiblichen Arbeiter ist um 27 Prozent gelitten, und Herr Rabbe hat seiner Zeit ausdrücklich erklärt, daß er weibliche Arbeiter einstellt, weil er ihnen billiger zu zahlen zahlen könne. (Hört, hört!) Ich bin so optimistisch, zu glauben, daß ich eines anderen befehrt werde, daß auch Sie mit dieser Art der Sparbarkeit nicht einverstanden sind, zumal in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit. Gibt aber das Haus seinen Willen nicht unzweibehrig kund, so wird alles beim Alten bleiben, denn zu dem gegenwärtigen Herrn Eisenbahnminister haben wir in dieser Richtung wenig Vertrauen. In seiner Reichsberichterstattung in einer Tageszeitung hat er ja ganz merkürliche Anbahnungen fundiert, er hat die durchbare Arbeitslosigkeit einzeln und allein vom Gesichtspunkt des getätigten Unternehmens aus betrachtet, indem er meinte, der Wirtschaftsdörper bedürfte auch einmal der

### Periode des Aufrühens.

Der Herr Eisenbahnminister hat dabei ganz übersehen, daß der Arbeiter nicht feiern darf, wenn er nicht hungern will. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Für die Zukunft in Preußen bezeichnend ist, daß von je 1000 Haushaltungsvorständen nicht weniger als 877 ein Einkommen unter 1500 M. haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dabei sind die Arbeiter im Verhältnis zu ihrem Einkommen höher mit direkten und indirekten Steuern belastet, als die großen Millionäre. (Hört, hört!) 1907 betragen die gesamten Staatseinnahmen 25 Milliarden. Davon wurden nur 10,8 Prozent von den großen Einkommen aufgebracht. (Hört, hört!) Einen so aufgebauten Etat können wir selbstverständlich nicht abgeben. Auch die Gehälter der unteren Beamten etwas aufbereinigt werden infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse. Natürlich haben die Beamten den Wunsch, bei dieser Reform, auf die sie jahrelang verhandelt sind, möglichst gut abzuweichen. Ich habe mich daher angewandt, daß der Herr Finanzminister in so reifer Weise, wie er es getan hat, gegen diese Beamten Stellung angenommen hat, die nichts getan haben, als ihr gesetzliches Petitionsrecht wahrzunehmen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich hoffe, die Beamten werden sich durch solche Drohungen in der Wahrnehmung ihrer Rechte nicht beeinträchtigen lassen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der bisherige Ausbau unseres Steuerwesens sein Rumbeschnitt beweisen ist, wird von keiner Volksvertretung bestritten werden können. Dieses hohe Haus vermögen wir allerdings als keine wahre Volksvertretung anzuerkennen.

### Die einzigen, die sich hier wirklich als Volksvertreter bezeichnen können, sind wir.

(Beif. links, b. d. Soz., Lachen rechts.) Soll es besser werden, so muß an die Wurzel des Übels die Hand gelegt werden und die liegt in dem Wahlrecht. Das die Parteien, die im Besitze der Macht sind, ihre Position mit äußerster Ruchlosigkeit verteidigen werden, ist selbstverständlich. Handelt es sich doch nicht nur um die äußere Machterhaltung, sondern auch um die materielle Zukunft der bestehenden Klassen. Aber so groß Ihre Macht ist, können sie den Fortschritt doch nicht. (Sehr gut! bei den Soz.) Der frühere Minister v. Hammerstein hat einmal gesagt: „Es gibt kein Wahlrecht, das so genau und richtig den Ausdruck der öffentlichen Meinung wiedergibt, wie das Dreiklassenwahlrecht.“ Ich bezweifle, daß heute noch ein Minister diese Behauptung wiederholen würde, nachdem festgestellt ist, daß 85 Prozent der Bevölkerung bei diesem Wahlrecht vollkommen in der Vertretung verschwinden. (Sehr gut! b. d. Soz.)

### Die Erklärung der Thronrede

beweist ja auch, daß mit dem ursprünglichen strengen Festhalten an diesem Wahlrecht gebrochen werden soll. Die ersten Schritte werden weitere folgen und wir werden es an uns nicht fehlen lassen. (Sehr gut! bei den Soz.) Weder unsere Regierung aus dem Wort des früheren österreichischen Ministers, Freiherrn v. Gautschi, lernen, der sagte: „Die Regierung ist vor der Erkenntnis durchdrungen, daß keine Regierung sich den grundlegenden Fragen hartnäckig dem Volkswillen verschließen darf. Das allgemeine Wahlrecht ist eine staatsverhaltende Maßregel, weil damit weiteste Schichten des Volkes in erhöhtem Maße an dem staatlichen Leben interessiert werden.“ (Sehr gut! bei den Soz.) Das Dreiklassenwahlrecht wird von den berechneten Volksmassen als unzulänglich empfunden. Wenn erst die Mehrheit des Volkes zum Bewußtsein seiner Entrechtung gekommen ist, dann hat die dritte Stunde des Dreiklassenwahlrechts geschlagen, und Sie wollen über nicht. (Bravo! bei den Soz.) In diesem Zusammenhang will ich auf

### den Beschluß der Wahlprüfungskommission

gegenüber vier unserer Wahlen zu sprechen kommen. Diese Wahl soll allein schon aus dem Grunde für ungültig erklärt werden, weil die Auffassung der Listen vom Magistrat in Berlin auf ganz falscher Grundlage erfolgt sei. Derselbe Herr, der in seiner Eigenschaft als Protektor und Referent der Kommission diese Stellung vertreten hat, hat in seiner weiteren Eigenschaft als Mitglied des Berliner Magistrats bei dem Beschluß des Magistrats mitgewirkt. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich möchte bemerken, daß die Urwähler nach Maßgabe

Der von Ihnen zu entrichtenden Steuern in die Wählerlisten einzutragen sind. Der Wahltermin war nun so zeitig angesetzt, daß wir die Wähler unter 8000 Mark in Berlin wußten, welche Steuern sie zu entrichten haben würden. Die sogenannten Selbstbesonderen hatten davon noch keine Ahnung, weil die Einschätzung von der königlichen Veranlagungskommission noch nicht herausgefunden war. Daher hat auch die Regierung in dem Erlaß an den Magistrat verfügt, daß in allen solchen Fällen, in denen die Einschätzung für 1908 noch nicht heraus wäre, die Einschätzung von 1907 maßgebend sein sollte. Der Magistrat konnte also gar nicht anders handeln, wie er gehandelt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialen.) Wir haben den Magistrat des Magistrats mit voller Ruhe entgegen. Erkennen Sie das Verhalten des Magistrats für falsch an, so wird sich ja zeigen, ob Ihr Gerechtigkeitsgefühl so weit gehen wird, daß Sie alle 12 Berliner Wähler für ungültig erklären werden, oder ob Sie diese Amtsstellen benutzen werden, um sich wenigstens für eine Weile von der unangenehmen sozialdemokratischen Abgeordneten zu befreien. Mit der Angabe, als ob etwa nur gegen die vier Wähler, die Sie herausgerufen haben, ein form- und fristgerechter Protest eingeleitet ist, möchte ich von dieser Stelle aus ein für alle Mal brechen. (Hört, hört! bei den Sozialen.) Diese Ausrede ist den Herren verhasst. Gegen die Wahl des Abgeordneten Hoffmann ist weiter der Antrag e. S. Kohl ein form- und fristgerechter Protest am 3. Juni 1908 eingebracht, wo es unter anderem heißt: „Nach demselben Grunde wäre in Berlin nicht nur die Wahl im 12. Landtagswahlkreis

**sondern in sämtlichen 12 Berliner Wahlkreisen als ungültig zu erklären**

(Hört, hört! bei den Sozialen.) Die Wahlprüfungskommission des Königlich preussischen Abgeordnetenhauses hat sich hierdurch, in eine Prüfung einzutreten und die Wahl im 12. Berliner Landtagswahlkreise, erachtet nach dem erst angeführten Grunde auch die Wahl im sämtlichen Berliner Wahlkreisen für ungültig zu erklären. (Abgeordneter Hoffmann (Soz.): Wer anderen eine Kröte gießt! Weiterkeit.) Der Abgeordnete Hoffmann hat in einem eingehenden Brief an die Wahlprüfungskommission ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Protest gegen sämtliche 12 Berliner Wähler vorliegt. (Hört, hört!) Hier geht es also für Sie nicht nur, den Mund zu halten, hier muß gerufen werden. (Bravo! bei den Sozialen.)

Die Herren haben uns an dieser wichtigen Aktion den besten Appellationspunkt vorgehalten, auch waren die Freikämmererbüchse gegeben mit seinen vortrefflichen Vorkommnissen, die ordnungsmäßig abgearbeitet und durchgeführt sind, wie wir ihn jüngerer für die Wähler ebenfalls nicht geachtet haben. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialen.) Diese ist Preußen noch eingeschrieben in die

**Grundaussätze einer reaktionären agrarischen Geschehnung.**

(Neben rechts. Sehr richtig! bei den Sozialen.) Die preussische Bureaukratie hat es verstanden, sich geschickt durchzusetzen. Man hat die wirtschaftlichen Entwicklung eine unüberwindlichen Schranken erreicht, dafür aber um so langamer den engen weltlichen Rahmen verengt. (Sehr gut! bei den Sozialen.) Auf das Reich und der Reichsregierung haben die führenden Klassen in Preußen von vornherein mit feindlichen Kräfte gebildet. Das Agrarrium, das seine radikalen Entwicklung noch ziemlich beschränkt hat, gegen die Sozialdemokratie sein mühe. In hiesiger in ihrer Selbstkritik zu werden auf Grund vor der Sozialdemokratie. So laßt das reaktionäre Preußen die ein Akt auf dem Land. Gegen Sozialisten wie das Reichstagsabgeordnete, das Reichstagsabgeordnete, die Reichstagsabgeordnete, sind hier hervorgetreten. Der Herr Ministerpräsident ist ja bereit an Annahmefähigkeit, er vertritt nur noch die notwendige Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien. Wir haben auch hiesiger Aktion mit Ruhe entgegen. Es kommt als jetzt, wo die Sozialdemokratie obenhin entsetzt ist, kann es unter keinem Ausnahmefalle jetzt auch nicht werden. (Sehr gut! bei den Sozialen.) Wir sind unempfindlich, wie sich der linke Flügel des Reichstags zeigen wird haben die Herren wirklich von den 12 Jahren Sozialdemokratie so nicht genug? Hier in Preußen würde auch die Grundlage zum Sozialtarif gelegt.

**welcher die Agrarier um Milliarden bereicherte**

und dem Reich neue schwere Lasten auferlegte. Ich glaube die heutige Gelegenheit benutzen zu sollen, um diese Geschichte einmal in die Besichtigung zu bringen, wie wir sie betrachten. Gleich später wie auf der Waise des Reiches laßt die Hand des Landbesitzers auf den Kommunen. Die Bundesrat hat die politische Arbeit der Kommunen hat der König vor seinem am Berliner Rathaus anberaumt. Von dieser Anerkennung ist aber bei der Annahmefähigkeit nichts zu hören. Jeder junge Landrat läßt sich erheben über den ihm ergrünter Kommunalbeamter. Das wäre unzulässig, wenn die Herren nicht wüßten, daß von einigen Jahren abgesehen, genau dieselben Bestimmungen auch bei den Sozialen der Regierung bestehen. (Sehr richtig! bei den Sozialen.) Über den Kopf der größten Kommunen wird einer privaten Gesellschaft die Konzession auf Jahrelang gewährt und damit eine mächtige Waffe gegen die Kommunen in die Hand gegeben.

**Die Wähler um die Großstädte herum werden vernichtet.**

überall Abneigung, Mißtrauen, Feindschaft und Haß bei der Umgestaltung der Selbstverwaltungsorganen, in denen sich eine der Autokratieprobeneta Meinung gegenüberliche Anweisung durchsetzen kann. Die Straße sind völlig abhängig von dem Herrn Landrat. Selbst wenn die Polizei durch diese Kommunalbeamten gehandhabt wird, geschieht es nicht im Auftrag der Kommunen, besonders des Reiches, jedoch die Polizei ist Untergeordnet dem Landrat. Die Uebermacht der Staatsbürokratie gegenüber den Selbstverwaltungen hat kein Geheimnis, wie der vorerwähnte Finanzminister v. Rosenfeld angegeben. Der Herr Reichskammer hat diesen Winter mit planmäßiger Riese von den

**Verfassungsänderungen in der Türkei getroffen.**

In Bezug auf die geheime Wahl und die Bestimmung, daß alle Staatsbeamten nicht Mitglieder gesetzgebender Körperschaften sein dürfen, können wir aber noch viel von der Türkei lernen. 94 Mitglieder dieses Hauses und 273 Mitglieder von 44 der Provinzialräte müßten beim Bestehen einer solchen Bestimmung ihre Mandate niederlegen. (Hört, hört! bei den Sozialen.) Eine Reform der Verwaltungsorganisation wurde in einer Thronrede vor 8 Jahren als dringend notwendig bezeichnet. Aber in dem welche gesetzlichen Maßnahmen und dieser Anbahnung der Thronrede nicht gescheit. Gegen einen Erlaß dieses Jahres, welcher die einzige wichtige Maßregel an diesem Gebiete vorhat, wurde von den Grundbesitzern um das Väterliche losgezogen. Dem Finanzminister wurde vorgeworfen, daß er die Grundlagen des Staates erschüttere. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der von Rheinbaben mußte im Jahre 1902 abtritt zu geben, daß bei dem überwiegenden Einfluß der Grundbesitzer in den Kommunen sich eine gründliche Wohnungsreform nicht durchsetzen lasse. Trotzdem hat die Regierung sie den Berlin gemacht, die Zusammenlegung in den Gemeindeverwaltungen zu ändern. In einem Entwurf zu einer neuen Wahlordnung vom Jahre 1876 hat die damalige Regierung die Notwendigkeit des geheimen Wahlrechts für die Kommunalwahlen schon erkannt, hiesige Freiheit für sie ab. Der v. Rheinbaben erklärt bester, er steht in den Grundbesitzern das erhebende und soziale Element. Dabei ist heute der Grundbesitz einer der beherrschendsten Handlungsbühnen geworden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wie kommt Herr v. Rheinbaben dazu, die Grundbesitzer, hieser er das schärfste Mißtrauen auszusprechen muß, andererseits als die Säulen des Staates darzustellen? Die Antwort ist nicht schwer.

**Zwischen in die Sozialdemokratie eine Macht geworden**

und man fürchtet die Einwirkungen auch in die Gemeinden. (Sehr wahr! bei den Sozialen.) Die die Kommunen das

August, ist für die Wahlmännern zum wackerbestehen. Es gibt keinen schlaagenderen Beweis für die Behauptung der vollkommenen Abhängigkeit der Regierung von den bestehenden Klassen. (Sehr gut! bei den Sozialen.)

**Auf die Schulverhältnisse in Preußen**

Will ich heute nicht eingehender zu sprechen kommen. Ich will nur erwähnen, daß wir in Preußen, das unsere Minister aus das Land der Schule an Bezeichnungen pflegen, noch 8000 Gemeinden ohne Schulen haben. (Hört, hört!) Als überläßt alt bei uns ein Volksschullehrer erst, wenn er in den einflussreichen Schulen 80, in den mehrklassigen 70 und in den Halbtagsschulen mehr als 120 Schüler zu unterrichten hat. (Hört, hört!) Mit räumlicher Enge wird gegen jeden Lehrer vorgegangen, der irgend eine Spur von Selbstständigkeit zeigt. Das beweisen die Maßnahmen der Lehrer. (Weiterkeit.) Ich will, daß seine Lehrer und Beamten wegen Verletzung festgesetzter Bestimmungen gemahnt werden sollen. Die Schulverwaltung hat aber einen Lehrer sofort aus Post und Amt entfernt, der nur ein Wort über seine freistehenden Mandaten geäußert hatte. Als Vorstand benutzte man dabei Dinge, wie eine nicht schließende Luftkappe, usw. (Hört, hört!) bei den Sozialen.) Wenn wir es wagen würden, gegen die herrschende Stimmen aus den Klassen mit so ungläublichem Terrorismus vorzugehen, wie die Schulverwaltung gegen ein paar harmlose Lehrer, wie würden Sie sich über den sozialdemokratischen Terrorismus äußern. (Sehr gut! bei den Sozialen.) Was die Verbhältnisse auf dem Lande betrifft, so wollen die Klagen über die Lente nicht verstümmen. Gleich besteht eine solche Lente, aber unsere Ansichten geben auseinander über die

**Ursachen dieser Lente.**

Die wird gefördert durch die fortschreitende Industrialisierung und durch die Verbindung, welche die Arbeiter auf dem Lande erfahren. Herr Neffens behauptete neulich, nur aus unserer „Verhebung“ der Landarbeiter entspringe die Lente, wir wären es, die den Arbeitern das Leben auf dem Lande bereitet hätten. Tams hat er die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Wenn die Lente auf dem Lande auf uns hören, so nur deshalb, weil wir uns ausdrücken, was dort jeder fühlt, weil wir die Verbhältnisse so schildern, wie die Leute sie selbst aus eigener Erfahrung kennen. Wäre es anders, so können wir mit Entschiedenheit reden und würden doch keinen Erfolg haben. (Sehr wahr! bei den Sozialen.) Tausende ziehen vom Lande fort, um ihren Kindern eine bessere Ausbildung geben zu können. Ein solches Ziehen werden sie durch Zwangsmaßnahmen niemals verhindern können. Die Stimmen aus ihrem Lager, die das Herübergehen, werden sich häufen. Ich erinnere an die Aufhebung des Patentes Subdors in Pommern, man solle sich nicht entsetzen, daß die Pommern die Arbeiter in die Erde treibe. Neben die die Bestimmung an auf, gegen die den Landarbeitern das Koalitionsrecht, und die werden der Landarbeit weit besser entgegenarbeiten, als durch Zwangsmaßnahmen und noch so ausgeführte Kontraktbruchparagrafen. Die Regierung hat feierlich erklärt, das Koalitionsrecht könne den Landarbeitern nicht gewährt werden. Nun, wir kennen eine Menge besserer feierlicher Erklärungen der Regierung, die durch den Verlauf der Dinge desavouiert worden sind. Wir haben es ja schon seit unserer kurzen Anwesenheit im Senat erlebt, wie sich die maßgebenden Parteien solche feierliche Erklärungen der Regierung annehmen, falls sie ihren Wünschen nicht entsprechen.

Die Herren können sich das leisten, weil sie wissen, daß gegen ihren Willen nichts in Preußen geschehen kann. Die halten das Steuer seit in Händen. Sie geben in der Vertretung ihrer materiellen Interessen nichts Rücksicht gegen die breiten Massen des Volkes vor und lassen ebenfalls ihren Willen nach oben durch. (Sehr richtig! bei den Sozialen.) Alle einflussreichen Stellen im Staate befinden sich in ihren Händen. Die ganze geistige Akte des kaiserlichen Willens war eine einzige Hetzerung, daß er und die Herren der Rechte von kleinen Unsummen abgeben, an gleichen Strafen ziehen. Die Herren sind monarchistisch bis auf die Knochen, aber nur so lange, wie die

**Wünsche und Absichten der Krone**

sich mit ihren Wünschen und Absichten decken. Nicht können sie auch ganz anders. (Sehr wahr! bei den Sozialen.) Wiederholt ist erklärt worden, daß wenn die oder jene Forderung der Landwirtschaft nicht erfüllt würde, man nicht wissen könne, was noch aus der monarchistischen Treue der Landwirte werden sollte. So gar eine Umänderung aus dem konstitutionellen Lager in der Sozialdemokratie ist in Aussicht gestellt worden. (Jurus bei den Sozialen.) Sie werden doch nicht angenommen! (Hört, hört!) Der Herr Ministerpräsident hat die getarnt heimliche Absichten behauptet, Sie möchten für die Autarkie solche Umänderungen unterlassen, damit wir nicht daraus Profit für unser Ministerium bekommen. Ich erinnere nur an die Geschichte der Kanalariallage. 1899 erklärte der König, er sei seit und unwiderruflich entschlossen, daß noch in diesem Jahre der Kanalbau beendet werde. Aber unweit durch alle Sozialen und Ministerprotesten haben die Konterpartien ihren Willen der Krone und der Regierung aufgezwungen. (Sehr wahr! bei den Sozialen.) Die damals zurück, gemahnten Landräte sind bekanntlich die Krone herausgeschleift. Die Rechte hätte nicht zu dieser Macht kommen können, wenn sie von vornherein ein Gleichberechtigt und von dem Willen zur Macht erfülltes Bürgerium gegenübergekauert hätte. Zeit Jahrzehnten aber hat

**das preussische Bürgerium keinen Rückgrat mehr**

bewiesen. (Sehr wahr! bei den Sozialen.) Die Mahnung Stieglers, sich zu erfüllen mit dem Trog und der wilden Energie des Junkertums, hat das Bürgerium nicht befolgt. Es hat Zeiten gegeben, wo die Herren der Rechte in einem häßlich zusammengepackt waren, nicht viel größer, als wir es jetzt sind. Damals hatten die Aristokraten hier die ausstreichende Stellung. Aber wo sind in der Verfassung und der Verwaltung davon die Spuren? (Sehr wahr! bei den Sozialen.) Wie auch heute, so hat das Bürgerium damals sich mit schon klingenden Reden begnügt, während die Konterpartien geräuschlos, aber um so intensiver gearbeitet haben. Das infolge der industriellen Entwicklung immer mächtiger werdende Proletariat zwang das Bürgerium, zwischen der Vertretung der Interessen des Junkertums und des Proletariats zu wählen und der Massenfurcht des Bürgeriums ließ es keinen Augenblick im Zweifel, wohin es sich zu wenden habe. Heute, im Zeichen der Volkspolitik, haben wir eine reiche konteraktive Herrschaft. Um ihren Schein von Macht zu bewahren, um das Zentrum nicht wieder zum Einfluß kommen zu lassen, sind die Aristokraten heute gezwungen, auf die letzten Regungen der Opposition zu verzichten. Die Machtstellung der Herren von den Rechten wurzelt in der Vergangenheit. Unsere Stärke ruht auf der Macht der Millionen, die bislang nur dahingebannt haben und nicht zum Bewusstsein ihrer Macht gekommen sind. Die Zukunft gehört uns, nicht Ihnen. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialen.)

**Finanzminister v. Rheinbaben:**

Der Herr Vorredner hat die heterogenen Dinge behandelt, die auch bei der wohlwollendsten Interpellation mit dem Staate nicht das Gerinige zu thun haben. (Sehr gut! rechts, Unruhe links.) Vielleicht hatte er die Absicht, sich durch seine Rede bei dem hohen Hause in angenehme Erinnerung zu bringen für den Fall, daß der erwähnte Bericht der Wahlprüfungskommission vom Hause angenommen werden sollte. (Weiterkeit! rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich verjage es mir, auf alle die Dinge einzugehen, die Wohnungsreform usw., und auf die durch Sachkenntnis nicht gestützten Behauptungen, die Regierung stähe der Selbstverwaltung mit Haß gegenüber. Aber widerprechen muß ich der Identifizierung der Sozialdemokratie und der Arbeiter. Es ist dem Reichskammer nicht eingelassen, ein Ausnahmefall gegen die Arbeiter in Aussicht zu stellen, sondern er hat nur von in Zukunft sie leicht notwendig werdenden

gesetzlichen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie an. Ich bestreite dem Vorredner das Recht, hier als Unwilt der Arbeiter aufzutreten. Das Gros der Arbeiter steht nicht hinter ihm, sondern hinter den anderen Parteien. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts.) Ich will nur einige seiner Behauptungen ziffermäßig wiederlegen, damit die Brunnenerklärung nicht noch dadurch verfläht wird, daß man dem Volke sagt, die Regierung habe zu den Angriffen geschwiegen. Unsere ganze Steuererhebung geht dahin, die leistungsunfähigen Schulen mehr zu belasten und die Arbeiter zu entlasten. (Sehr richtig! rechts.) Noch nicht ein Prozent der Bevölkerung bringt 48 Prozent der Steuern auf. Es ist nicht richtig, daß der Sozialtarif ungünstig auf die Lebenshaltung der Arbeiter eingewirkt hat. Wir haben vor dem Finanzjahr höhere Preise gehabt, als nach ihm. Die Einführung des Rollen war notwendig zum Schutze der Landwirtschaft. Ich frage: Was ist wichtiger, ein etwas höherer Getreidepreis oder ein sicherer ausreicher Lohn für die Arbeiter? (Sehr gut! rechts.) Jurus b. d. Soz.: Wo haben wir den? (Hört, hört!) Herr Wisnack hat einmal gesagt: Wenn niedrige Getreidepreise die Hauptfache wären, so wäre Elanien das glücklichste Land. Wenn die Mandate der Herren fallend werden, so veruchen sie es vielleicht einmal in Slavonien. (gr. Hört, rechts. Unruhe h. d. Soz.) Die Durchschnittslöhne der Staatsbahnarbeiter sind seit 1895 um nicht weniger als 33% gestiegen. (Hört, hört! rechts.) Der Durchschnittslohn für gewerbliche Arbeiter ist in den letzten 10 Jahren um 37% gestiegen, während die Lebensmittelpreise nur um 22% gestiegen sind, so daß sich ein erhebliches Plus zu Gunsten der Arbeiter ergibt, was auch der Sozialdemokrat Calmer zugegeben hat. 1895 waren nur 8 Millionen der arbeitenden Bevölkerung steuerpflichtig, 1905 15 Millionen. Das Einkommen der kleinen Besitzten hat sich von 1893—1907 um 3 Milliarden erhöht. Das beweist, daß sich die soziale Lage der Arbeiter gehoben hat. (Sehr wahr! rechts.) Der Vorredner saate, die Regierung sei der geschäftsführende Ausschuss der bestehenden Klassen. Sie ist nicht der geschäftsführende Ausschuss der bestehenden, wohl aber der Statushaltenden Klassen, und aus diesem Grunde werden wir auch nicht erlahmen in dem Kampfe gegen die Beherrschungen der Sozialdemokratie. (Leb. Beifall rechts.)

**Abg. Dr. Mizerstki (Pol.):**

Die preussische Ostmarkenpolitik ist ein unerfüllter Versuch. Das Enteignungsgezet und der Sprachenparagraph des Reichsgesetzes werden gegen uns Polen am Ende doch nicht annehmen. Die Ostmarkenfragen für Beamte und Lehrer sind vollständig die rechtswidrige Unterdrückung der Polen, die doch dem Staat als Staatsbürger sind wie die Deutschen. All die Millionen für die Anfielungskommission könnten gesparrt werden, und neue Steuern wären überflüssig.

**Abg. v. Arnim-Jüelbon (Konf.):**

Von der Forderung einer dauernden Bewilligung von Steuern wird nicht abgegangen werden können. Der Abgeordnete Dr. Wiemer hat Streichung der Gehaltsverlöhne im Interesse der Sparmaßnahme gewünscht. Diese Gehaltsstellen sind aber sehr wichtige Posten. Der Abg. Heymann verlangt, daß all jene Beamte nicht Mitglieder dieses Hauses sein sollen. In der Tat aber sind die aktiven Staatsbeamten vermöge ihrer Sachkenntnis ganz unerlässlich für die Erledigung der Geschäfte des Hauses. Dem warmen Appell des Ministerpräsidenten an uns, wegen größerer Sparmaßnahme, können wir nur zustimmen. Es muß aber dahin gestrebt werden, daß in den besseren Jahren mehr Reserven für die mageren Jahre angesammelt werden. Es ist ein betrübender Zustand, daß wir jetzt in den Jahren 1907, 08 und 09 mit hohen Anteilen hervortreten müssen, wo wir 1904, 05 und 06 so gute Jahre hatten. Auch bei den Bewilligungen für Neubauten müssen in den guten Jahren größere Summen eingelegt werden. In Bezug auf das Wahlrecht enthalte ich mich in diesem Stadium jeder Meinungsäußerung da mir ja in wenigen Tagen um ein dementsprechendes Votum zu beschafften haben. Dann hat der Ministerpräsident bei Besprechung des Falles Schilling den früheren Gehalt erwähnt, nach dem die politischen Beamten die Politik der Regierung zu unterstützen haben. Ich kann mit der Bemerkung nicht zurückhalten, daß wir bei der Erörterung dieses Falles auf der rechten Seite des Hauses den Eindruck hatten, als ob der Ministerpräsident seinem Vorredner, dem Abg. Dr. Wiemer, verhältnismäßig weit entgegen gekommen ist. (Jurus bei den Sozialen.) Ich will den Fall Schilling jetzt nicht ausgiebig erörtern. Meine politischen Freunde hatten die Absicht, eine Interpellation über diesen Fall einzubringen. Wir sind aber von der Ausführung dieser Absicht zurückgekommen, weil das Verwaltungsverfahren noch schwebt. Wir werden aber bei Beratung des Etats des Innern eine ausgiebige Erörterung und Klarstellung aller dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkte hervorzuheben. Die Empfindung habe ich aber doch, daß es nicht ganz zweifelhaft ist, obwohl der Regierungsräsident bei seinem Vorgehen gegen einen liberalen Bürgermeister auch die nötige Deckung oben gefunden hat. Bei den übrigen Ausführungen des Ministerpräsidenten über das Verhalten der politischen Beamten gehe ich von der Annahme aus, daß er nicht erwartet, daß die politischen Beamten, die Mitglieder des Parlaments sind, von ihrem Rechte der freien Meinungsäußerung und der freien Stimmabgabe entbunden sind. (Zustimmung.) Es ist noch nicht 10 Jahre her, da war die Regierung leider an der vollen Anhänglichkeit. Sie stellte die Regierungsräsidenten und Landräte ohne Angabe von Gründen zur Disposition. Ich habe aber zum jetzigen Ministerpräsidenten das volle Vertrauen, daß er der letzte sein würde, der eine solche Maßregel wiederholen würde. (Leb. Zustimmung.) Unsere Stellungnahme zu den Verhandlungen über das im Daily Telegraph veröffentlichte Kaiserinterview haben wir in der Erklärung des Kaiser-Ausschusses niedergelegt. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie hatten mir für denartig dem Gefühl und der Zusammenlegung des preussischen Staates gefährlich, daß wir in jedem Stadium zur nachdrücklichsten Bekämpfung der Sozialdemokratie bereit sind, um diese Bewegung schließlich zum Verschwinden zu bringen. (Leb. Beifall rechts. Jurus b. d. Soz.: Eher verschwinden Sie!) Erwahnisse können wir ohne Mühe durch Vereinfachung des bürokratischen Geschäftsganges und Verminderung des Schreibens machen. Der Beamtenrat h. den Fürst Bälow gestern erwähnte, darf nicht zu einer Beschränkung der Rede- und Abstimmungsrechte der politischen Beamten im Parlament führen. Sonst sind wir mit den Neuerungen der Kanzlers über die politischen Beamten einverstanden, ebenso mit seiner Anschauung, betreffend die liberalen Beamten. Nach neuen Gesetzen wider die Sozialdemokratie wollen wir nicht ausschauen. Aber gegen die Leute, die Arbeitswillige an der Arbeit durch Drohungen oder Taktigkeiten hindern, müssen wir mit aller Strenge des Gesetzes vorgehen. (Jurus b. d. Soz.: Auch gegen Ausperrungen.) Von den ländlichen Verhältnissen haben die Sozialdemokraten keine Ahnung, sie können nicht eine Kuh vom Scheunentor unterscheiden. (Weiterkeit.) Unsere Landarbeiter sind förmig und wissen, daß die Sozialdemokraten seit die unsere Könige sind. (Abgeordneter Hoffmann, Soz.: An Ihnen hat er nette Freunde.) Wir sind der rocher de bronco der Monarchie und wollen es bleiben. (Leb. Beif. rechts.)

**Abg. Schmieding (natl.):**

Wir halten ebenfalls treu zu unserm Monarchen. (Sehr richtig! h. d. Natl.) Starre Ablehnung der Nachschußsteuer durch die Konterpartien kann der Reichsfinanzreform nicht günstig sein. Wenn das Zentrum sich im Reiche isoliert, so trägt es selbst die Schuld, weil es Religion und Politik verquitt. Gefunde Verhältnisse werden erst eintreten, wenn das Zentrum aufhört, eine katholisch-konfessionelle Partei zu sein. Die Behauptung des Abg. Heymann, daß nur die Sozialdemokraten roher Volksvertreter seien, ist eine politische Brunnenerklärung schlummerter Art. Herr Heymann, der doch Kenner, also Kapitalist ist, hat am wenigsten Ursache, sich als Volksvertreter zu betiteln. (Bravo! h. d. Natl.)

**Abg. Graf Praschna (Centr.):**

Herr Schmeiding hat an uns appelliert, wir möchten unsere reichliche Ueberzeugung aus unserer politischen Tätigkeit ausschütten. Darauf kann er lange warten. Ich bin der Meinung, daß weder Partei- noch andere Grundzüge im politischen Leben aufgegeben werden dürfen. Daher bekämpfen wir gerade die Vorkämpfer, weil sie in der Praxis von Grund- sätzen befreit, die sich gegenseitig zulassen, d. h. weil sie auf der Grundsatzlosigkeit beruht. (Zust. i. R. und b. d. Soz.)

**Abg. Fischbeck (Freis. Vpt.):**

Mit den gestrigen Darlegungen des Reichskanzlers sind wir im wesentlichen einverstanden. Den Vordredner er- innere ich daran, daß ein unvergänglicher Verdienst des Reichstags die Novemberumgebung war. Wir bezeichnen es, daß bei der Reichsfinanzreform die wohlhabenderen Kreise heran- gezogen werden sollten. Das unsere Grundzüge allein bei der Reichsfinanzreform nicht maßgebend sein können, wissen wir. Herr Seymann hat sich sehr ausführlich mit den Vorschlägen der Wahlprüfungskommission befaßt. Dazu wäre wohl noch Zeit ge- wesen, wenn die Sache an das Haus kam. Die Herren sollten doch zufrieden sein, daß sie so schnell bedient worden sind und daß man sich schon in der ersten Sitzung der Kommission mit ihren Voten beschäftigt hat. (Vitt. rechts.) Uebrigens stelle ich fest, daß ich weder zur Zeit der Aufstellung der Urwahlerlisten noch zur Zeit der Aufstellung der Urwahlerlisten, noch bis zu den Urwahlen irgend etwas mit den Wahlen in Berlin zu tun hatte. Ich war nicht Abgeordneter und auch nicht Stellvertreter der Regierung. (Abg. Seymann: Das habe ich auch nicht behauptet.) Das ist ja gerade die schlaue Art, daß man nur davon spricht, ich hätte in herabragendem Maße bei der Sache mitgewirkt. Ich war bei keiner Verhandlung im Reichstag oder sonstwo dabei, wo über diese Dinge gesprochen oder beschlossen worden ist. Mir ist die ganze Sache überhaupt zur Kenntnis gebracht worden, als die Urwahlen vorher waren, nicht amtlich, sondern privat. Die Sozial- demokraten griffen mit großer Gelehrtheit die Vorkämpfer in Niddorf und Schöneberg an und da fragten sich z. B. Was ist die inter- nationale Partei? Wie ist es der La. Partei? Was ist die? So wurde der Parteistand ermittelt. Wir waren allerdings der Meinung, ... diese Vorkämpfer bei der Berliner Wahlen vor die Volkstretter bringen, um ihre Meinung darüber zu hören, ob Wahlen, die so zustande gekommen sind, wirklich die Meinung des Volkes widergeben, ob Leute, die sich ihr Mandat auf die Art machen, daß sie Frauen hinführen zur Rundschau, zu den Gemüth- lichen, zu den Vätern und diese vor die Frage stellen lassen: Wirtschaftlicher Ruin oder Opfer der innersten Ueberzeugung — ob solche Leute wert sind, hier als Volkstretter zu sitzen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Herr Seymann hat heute in sittlicher Entrüstung gemacht über Maßregelungen von Lehrern. Dazu haben die Herren kein Recht, die selbst un- schuldigen Gemüthlichen vor den wirtschaftlichen Ruin bringen. (Abg. Seymann. Ueber den Reiz der Rede in Berlin!) Der Vor- wärt hat vor kurzem bei Gelegenheit der Besprechung eines Be- schlusses der Wahlprüfungskommission des Reichstags begrüßt, daß mit dem Grundlag abgetrieben wäre, daß allein h e h e r l i c h e Wahl- beeinflussungen für die Frage der Kassierung der Wahl von Einfluß seien. Dieser Meinung sind wir auch. Bei den Berliner Wahlen handelt es sich um Beeinflussung der Wähler durch die sozialdemo- kratische Kandidatur. (Zehr richtig! b. d. Freis.) Die Partei, die sich brüstet mit dem Grundtag: „Gleiches Recht für Alle“ müßte die erste sein, die dies Vorgehen als das verächtliche hinstellt, das über- haupt abgetrieben werden kann. (Zehr gut! rechts.) — (Abg. Hoffmann. Schaffen Sie uns das geheime Wahlrecht.) Ich kann Ihnen doch nicht das geheime Wahlrecht schenken. (Er. Vitt. rechts.) Im Reichs- tag sind die Sozialdemokraten dafür eintraten, daß eine Wahl- listigkeit werde, weil die Summe aller Wahlmänner zu groß waren. Dasselbe war bei der Wahl des Herrn v. Helmreich der Fall, er hat aber nicht daran gedacht, sein Mandat niederzulegen. Und als Jüdischer Bismarck feierlich telegraphierte: „Wahl Sabor“, hat etwa da Herr Sabor erklärt, ein Mandat, das mit solchem Mafel behaftet ist, könne er nicht annehmen. (Zehr gut! rechts.) Von der Tallage, daß auf meinen Antrag hin auch die Wahl in ein es Par- tei- f r e u n d e s Reichsbacher beanstandet worden ist, hat der Vordredner bis heute noch kein Entschuldigendes gebracht. (Leb. Vitt. hört! rechts.) Wenn es sich um Angriffe gegen sie handelt, ist die Sozialdemokratie so zimperlich wie eine alte Jungfer. (Weiter. rechts.) Wenn es aber für sie gilt, auf bürgerliche Elemente los- zugehen, dann schreit man vor keinem Mittel zurück. Das ist schließlich die Taktik von Regalagerern und Strochen. (Leb. Vitt. rechts.) Zurufe b. d. Soz. Abg. Hoffmann: Das ist die Sprache des Kognaks, er hat sich erst Courage angetrunken. (Zehr. v. Kröcher: Ich bitte Herrn Hoffmann, sich in seinen Zwischenrufen zu mäßigen!) Wir werden nicht so töricht sein, unsere Taktik nach den Rücksichten der Sozialdemokratie ein- zurichten, sondern einzig und allein nach dem, was wir für Recht halten. (Leb. Vitt. b. d. Freis.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

**Abg. Seymann (Soz.) persönlich:**

Ich kann im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf die materiellen Ausführungen des Vordredners eingehen. Wir behalten uns vor, bei der ersten Gelegenheit darauf zurück- zukommen. Ich will nur sowohl in meinem Namen wie im Namen meiner Freunde (Präsident von Kröcher: Das ist nicht persönlich) also nur in meinem Namen mit Entrüstung die Be- leidigungen zurückweisen, die Herr Fischbeck geglaubt hat, uns hier entgegenschleudern zu dürfen. (Abg. Hoffmann: Er hat sich im Spiegel gesehen (Weiterkeit.)

**Abg. Fischbeck (Freis. Volksp.):**

Wenn ich persönlich beleidigt geworden wäre, so wäre der Herr Präsident wohl eingeschritten. Ich habe nur von der Sozialdemokratie gesprochen, nicht von Herrn Seymann persönlich. Große Teile des Staats werden in üblicher Weise der Budgetkommission überwiesen. Nächste Sitzung Montag 13 Uhr. Kleinere Vorlagen und Anträge auf Änderung des Landtagswahlrechts. Schluß 4 1/2 Uhr.

**Breslauer Nachrichten.**

Breslau, den 21. Januar.

**Geschichtskalender.**

**22. Januar.**  
1729 Gotthold Ephraim Lessing in Ramens.  
1788 Der englische Dichter Byron.  
1849 Der schwedische Dichter August Strindberg.

**\* Lauter, ihr Herren Stadtväter! Aus B o w e n s b e r g wird berichtet:**  
„In der ersten diesjährigen Stadtorordnetenversammlung sprach in einer Banke der Stadtbaupolizei Habselorn, da er nicht aus dem Habselornern ein „Lauter“; S. spricht in gleicher Weise weiter. Wieder erkennt fröhlicher noch im Habselornern: „Lauter und nicht so schnell, hier hört man nichts!“ Der neu- ernannte Vorsteher Hieltner rief: „Was das im Habselornern?“ Der Habselornmeister Weymann als Silber bestätigt das mit vernehm- lichem „Ja“, worauf ihm vom Vorsteher bedeutet wird, daß im Habselornern nicht gesprochen werden darf und er ihn sonst erweisen lassen müsse. W. scheint der Meinung zu sein, daß jeder Bürger in öffentlicher Stadtorordnetenversammlung verlangen kann, daß die Redner so laut sprechen, daß sie im Habselornern verstanden werden.“  
Dieser Ruf: „Lauter!“ wäre auch in der B r e s l a u e r Stadtorordneten-Versammlung sehr angebracht, denn es gibt auch hier neben dem Oberbürgermeister Dr. Bender und dem Vorsteher Dr. Freund eine Anzahl Stadtväter, die man nicht

einmal im Saale, viel weniger im Zahlraum hört und weder dort noch hier versteht. Vielleicht nehmen sie sich die Mahnung des Löwenberger Wassermeisters zu Herzen.

**Gemeinbewähler!**

In allen Orten liegen bis 30. Januar die W ä h l e r - Listen aus. Seht sie ein! Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen. Laßt Euch nicht Euer Wahlrecht nehmen!

**\* Die bürgerlichen Frauen Breslaus sind merkwürdige Leute.** Eine ihrer Führerinnen veröffentlicht in der „N. Z.“ einen langen Artikel über die Tätigkeit der Schlesischen Frauenrechtlerinnen im Jahre 1908, der aber nur für die Handvoll Leser dieses einen Blattes bestimmt ist und drohungsweise unter dem Strich erscheint. Damit näm- lich andere nur ja nichts über die bürgerliche Frauenbewegung Schlesiens erfahren, versteht die sonst sehr betriebene Verfasserin ihren Artikel mit der Feuilleton-Note: „Nachdruck verboten“. Es liegt somit den Frauenrechtlerinnen gar nichts daran, ihren Tätigkeitsbericht einer größeren Öffentlichkeit zu unterbreiten. Oder kann etwa ihre Tätigkeit eine andere als die beschränkte Offent- lichkeit der „N. Z.“ nicht vertragen?

**\* Zum 25. Mai „Die Förster-Christen.“** So stand es gestern groß an allen Säulen zu lesen und würde mit Jaunder- gewalt; Das Haus war nahezu völlig ausverkauft und in einer beispiellosen Stimmung. Auch den Mitwirkenden hatte sich die große Laune mitgeteilt und sie sangen und spielten mit erfrisch- licher Lust. Kretsch haben diese 25 Aufführungen Herrn Sachs zu keiner angenehmeren Stimme, noch weniger zu temperamen- tvollem Spiel verhelfen. Daerger hat er insofern seinen Schmerz verloren, so daß er als unqualifzierter Zuschauer eine wenig vorteilhafte Figur macht. Fräulein Keller, die an- fangs mit einer leichten Reserveposition zu kämpfen hatte, sang später ihre Arien mit mehr, konreiner Stimme, und wie immer lebhaft und fröhlich. Fräulein Tharaue war die erste. Sie gab die lustig-fantastische Kasperlgeschichte mit all dem Charme, der dieser Aufführung eigen ist, und ihr talentvoller Partner, Herr Danegger, war antweder dem je. Auch alle anderen Mitwirkenden, mit Fräulein Volk an der Spitze, boten so viel Gutes, daß es eine Freude war und das Haus zu immer neuen Beifallsstürmen hinarbeiten wurde. Nach dem zweiten Akte wurden die Hauptdarsteller in einem Jubiläum nahezu überschüttet. Herrliche Würde mit Blumen und Äpfeln und Kästchen mit süßen Gaben wurden in vornehmlichster Pracht vor die Künstler zur Schau gestellt, immer neuen Applaus auslösend. Als es gar nicht mehr anders ging, warf man einen Teil der Blumen sänmig dem Kapellmeister Fuhs auf Dir- gentenhaupt und zog den Regisseur, Herrn Förster, aus den Reihen auf die Bühne. Der Jubel läßt erwarten, daß es bis zum zweiten Jubiläum nicht lange dauern wird. Offenlich verfehlt die Direktoren nicht über diesen ihre von Herzen zu gehenden Anerkennung nicht, daß sie uns auch noch eine Reihe der herzlichsten Erinnerungen an uns in der (Sommer, Julius Cäsar, Der Traum ein Leben, die Journalisten, Spiegelmusik und Tauris und andere) schenken!

**\* Der „Goldene Schiefel“ der Breslauer Meißnerinnen.** Wie bekannt, hat das Oberlandes-gericht München am 28. No- vember v. J. Berufungsinstanz dahin erklärt, es sei der damalige Direktor der Breslauer Meißnerinnen einzunehmen, ob es richtig sei, daß die Meißner der Fassung schon vor dem Verlaufe der Fassung ge- währt haben, daß an dessen Verlauf die Meißnerinnen der Aufsichtbehörde notwendig sei, daß aber der damalige Ober- meißner Bader die Entschaltung der Genehmigung absichtlich unterlassen habe. Diese Beweisführung hat nunmehr statt- gefunden. Wie die Akten melden, soll der Zeuge diese Behauptung, welche der Beklagte Etzen als Beweis anbot, im wesentlichen be- stätigt haben. Falls diese Behauptung der Wahrheit entspricht, bleibt anzuerkennen, ob bei dem Standpunkte, welchen die Verurteilung durch Erlass dieses Beweisbeschlusses einzunehmen befindet hat, das erstgerichtliche Urteil, welches den Beklagten für schuldig erklärt hatte, den Zinskocher zurückzugeben, aufrecht erhalten werden kann.

**\* Im Wege der Zwangsversteigerung** gelangte das Grundstück Nr. 10 gelegene auf dem Namen der Hausbesitzerin Fräulein Klara Gante in Breslau, Kreuzburger-straße Nr. 21, ein- zuverkauft worden, welches mit einem jährlichen Nutzungswert von 4200 Mk. zur Grundbesitzerin beauftragt ist, am Dienstag zur mei- ßnerischen Versteigerung. Es erkund daselbe als alleiniger Anbieter überhaupt der Schirmmann Robert Göhr-Breslau, Fischer- straße Nr. 56, zum Preise von 75,100 Mk.

**\* Für Sizilien.** Herr Professor Dr. Foch, Direktor des geologischen Instituts, hat sich bereit erklärt, zugunsten der durch das Erdbeben in Neapel Betroffenen am Freitag, den 6. Februar Abends 8 1/2 Uhr. im Auditorium Maximum der Universität einen von zahlreichen Lichtbildern begleiteten Vortrag: „Ueber Erdbeben, mit besonderer Berücksichtigung der letzten Katastrophe in Sizilien und Kalabrien“ zu halten. Mitglieder des Humboldt-Vereins wie Gäste sind zu zahlreichem Besuch des Abends ein- geladen.

**\* Der „Fidelio“-Ueberschuss.** Direktor Dr. Roewe hat als Entschädigung der von ihm zu-unten der Rolleidenden Süd- Italiens veranstalteten Matinee den Betrag von 1069,25 Mk. dem hiesigen Ital. italienischen Konsulat zur Verfügung gestellt.

**\* Guterbilde oder Kunstmusikapeßen?** Ueber den Cha- rakter der Musikapeßen, die allabendlich in den Cafés um- zuweilen, wird das hiesige Ge- werbe-gericht in einem Einzelfalle zu entscheiden haben. Ein Musiker, der in der Kapelle des Musik- unternehmers Kupplich, im Kaiser Wilhelm-Café spielte, klagte gegen den Kapellmeister wegen einer Lohnforderung, die hier nicht weiter interessiert. Der Beklagte be- streit die Jährlichkeit des Gewerbegerichts, weil die von ihm ge- leitete Kapelle nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung gestellt werden könne, die Aufführungen seien künstlerischer Natur und seien unter dem Begriff „Kunst“ zu qualifizieren. Um aber diese für Musiker und Musikapeßen wichtige Frage ein- für alle Mal einen Anhalt zu haben, beschloß das Gewerbegericht, ein schriftliches Gutachten vom Musikdirektor Kriemienstein zu er- zugeben.

Diese Frage ist sehr umstritten. Maßgebend muß hier sein der Begriff „Künstler“, wie er im allgemeinen Sprachgebrauch vor- kommt; und man wird wohl einem Sänger, Schauspieler, Instru- mentalisten, welcher in einem der Interessen der Kunst dienenden Schaulusthaufe, Opernhause, Konzerthalle usw. auftritt, die Bezeich- nung „Künstler“ nicht verweigern. Die Varieteeunterhaltungen sind regelmäßig die Eigenschaft eines Kunsttempels und dem in dem Varietee auftretenden Personal die Bezeichnung Künstler verweigert, obwohl in den Varietees oft wirklich künstlerische Leistungen vorgeführt werden. Es kommt in der schwedischen Frage nicht allein darauf an, ob die Kapelle die Kunst pflegt, sondern auch darauf, ob ein Café als ein den Kunstinteressen dienendes Establish- ment anzusehen ist? In Musikervereinen sieht man dem Gutachten mit Spannung entgegen.

**\* Preisanschreiben für ein Blatt.** Der Verein zur Erhebung des Fremdenverkehrs in Breslau schreibt einen Wettbewerb aus für ein Blatt, das zu einer großartigen Propaganda für die im Juni 1909 stattfindende B r e s l a u e r F e s t w o c h e geeignet ist. Das Blatt soll 90 Zentimeter hoch und 60 Zentimeter breit sein. Die Zeichnung muß in ihrer Wirkung entsprechend dem Zweck auf- fallend und in der Ausführung gelungen sein. Es können 3-5 Farben zur Anwendung kommen. Das Recht ist vollständig auf die geplante Veranstaltung Bezug nehmen. Berechtig ist Teilnahme an diesem Wettbewerb für Künstler und Kunstgewerbetreibende, die

in der Provinz Schlesien geboren oder dasebst tätig sind. Es werden Preise ausgesetzt: Ein erster Preis von 500 Mk., ein zweiter Preis von 300 Mk.

**\* Der Zentral-Verband der Handlungs-Beisitzer und Gehilfen Deutschlands.** Zahlreiche Beschlüsse, hielt am 20. d. M. seine General-Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Der vom Vorsitzenden, Genossen W. L o d u s, geleitete Jahresbericht bewies deutlich den Einfluß der Kräfte auch auf die Verhältnisse der hiesigen Mittels. Längere Arbeits- losigkeit und häufiger Ortswechsel verurteilten eine sehr starke Miskulation, die am Ende eine nicht unerhebliche Verminderung der Mittelsbesitzer herbeiführte. Als bestes erzieherisch ist es zu bezeichnen, daß sich die Klassenverhältnisse gegen das Vorjahr sehr verbessert haben und daß, trotz der erschwerenden Umstände, auch im vergangenen Jahre wieder reichliche Arbeit von den Mittelsbesitzern der Zahlstelle geleistet wurde. Für den Abschluß- beschluß gelang es im Verein mit dem Transportarbeiter- verbande, annähernd 3000 Stimmen zu sammeln, weit über dreimal so viel als in sämtlichen bürgerlichen Verbänden zu- sammen. Die ebenfalls aus Handlungsgehilfen und Transport- arbeiter bestehende Ueberwachungskommission konnte 30 Ueber- tretungen der Gewerbeordnungsbestimmungen im Berichtsjahre feststellen und zur Anzeige bringen.  
An den Vorstand neu- respektive wiedergewählt wurden: L o d u s als erster und S c h m o l l e als zweiter Vorsitzender, U e r h a l d als Schriftführer, M e i n e l t und Fräulein S c h i l l als Beisitzer. Nachdem auch die Wahlen zu den Kom- missionen erledigt worden, wurde ein Antrag, unsere Versamm- lungen in einem anderen Lokal als dem Gewerkschaftshaus ab- zuhalten, mit der Motivierung, daß dies dem Standesbänke Konzeptionen machen hies, mit großer Majorität abgelehnt.

**\* Schuhmacher-Versammlung.** Am 19. d. Mts. hielt der Verband die Quartals-Versammlung ab. Aus dem Kassenericht ist herborzuheben: An Unterstellungen wurden im 4. Quartal 1908 gezahlt: Arbeitsloshausunterstützung 692 Mk., Krankennutrientz 533,20 Mark andere Unterstellungen 100,80 Mark. Die Lokalliste hat eine Ausgabe von 860 Mark. Am Anschließ hieran gab Gottschalk den Geschäftsbericht der 1908. An Lohnbewegungen konnte eine mit vollem Erfolg abgeschlossen werden. Redner ging näher auf die Einrichtung der Kräfte im Schuhmacher-Berufe ein. Eine Firma meldete unter dem Druck der Verhältnisse Konkurs an, eine zweite wollte erhebliche Lo- s u n g - a b z u g e v o r n e h m e n, dem wurde aber rechtzeitig abgewehrt, jedoch ergriffen sich von neuem Differenzen. Ueber die Schö- arbeiterbewegung ist gänzlich nicht zu berichten. Zwar leiden auch diese unter der Kräfte, tragen aber ihr Schicksal bei Ent- scheidung und großer Gehuld. In den Vorstand wurden gewählt: K r a s e l als Vorsitzender, G o t t l o w a l d als Kassierer, M i n - b e r g als Schriftführer. Zu Kartelledegierten G r u n o w und G o t t l o w a l d. Hierauf wurde von einigen Mitgliedern der Arbeitsschieds der Forderungen einer berechtigten Kritik unter- zogen. Die Gesellen-Ausschüsse wurden beauftragt, sich mehr darum zu kümmern und vorzüglich zu werden.

**\* Der Arbeitsantrag verleiht nicht die Würde des Gerichts.** Vor einiger Zeit erwähnten wir einen Vorgang, der sich in einem Verhandlungssaale des Leipziger Schöffengerichts abspielte. Ein junger Mensch war als Zeuge geladen, und da er bis zum letzten Augenblicke auf dem Bahnhofs daneben arbeiten mußte, so erschien er vor Gericht in seinem Arbeitsanzuge. Darüb fahr- ihn der Vorsitzende mit höchster Entschaltung an und verdammte den armen Teufel zu einer sofort zu vollstreckenden Kastraf- bis Abends 6 Uhr. Nach den Bestimmungen des § 179 des Gerichtsverfassungsgesetzes hat der Richter dazu die Befugnis, dem anderen steht es frei, sich zu beschweren, aber erst bin- t e r s e r, nachdem er keine Strafe abgelehnt hat.

Das Dresdener O b e r l a n d e s g e r i c h t s e h e l t ü b e r das schliche Arbeitskleid und die Würde des Gerichts etwas anders zu denken wie unser Leipziger Schöffengericht. Ein Stall- meißer stand vor dem Schöffengericht unter der Auflage eines geringfügigen Vergehens gegen irgend eine Verordnung. Er hatte vor dem Termin noch Pferde zu reiten müssen und so kam er denn in Jackett, gelber Reithose und beschornen Stiefeln. Er entschuldigte sich dem Vorsitzenden gegenüber; half ihm aber nichts, wegen Ungebühr vor Gericht wurde er in Strafe ge- nommen. Dagegen beschwerte sich der Stallmeister „auf dem In- stanzwege“ und er hat Erfolg gehabt, denn das Oberlandes- gericht hat die Ungebührstrafe wieder aufgehoben. Es war der Meinung, daß das Erscheinen im Arbeitsanzuge vor Gericht an sich keine Mißachtung des Gerichts und Ungebühr bedeute. Der Stallmeister kam in dem Anzuge, den er täglich in seinem Ber- ufe trägt, er hatte bis zuletzt gearbeitet und war sich durchaus nicht bewußt, daß er durch das Tragen seines Berufsanzuges die dem Gericht schuldige Achtung vermissen lasse. Ohne be- sondere Nebenumstände kann aus dem Erscheinen im Arbeits- anzuge an Gerichtsstelle nicht gefolgert werden, daß der Ver- treffende sich eine ungebührliche Handlungswelle hat zu schulden kommen lassen.

**\* Die nächste Volksvorstellung des Sozial- demokratischen Vereins** ist für Sonntag, den 31. Ja- nuar im Thalia-Theater geplant. Da bei der Aufführung von „M a r t i a S t u a r t“ die Nachfrage sehr groß war, wird auf vielfältigen Wunsch die Vorstellung wiederholt. Billets sind schon diesen Sonnabend Abend in der Expedition zu haben.

**\* Im Volkskonzert im Gewerkschaftshaus am Sonn- tag, Nachmittag 3 1/2 Uhr,** sind noch Billets an den bekannten Stellen zu haben. Da wie immer die Nachfrage recht rege ist, tat man gut daran, sich zeitigen Blick zu sichern, um Störungen des Kon- zerts zu vermeiden. Das Referieren von Mägen führt bei großem Andränge stets zu Unzuträglichkeiten, weshalb man es strikt unterlassen sollte. Wer Interesse an einem guten Konzert hat kann, zumal es zu einer für alle günstigen Stunde stattfindet, auch pünktlich da sein.

Nach dem Konzert, etwa gegen 6 1/2 Uhr, findet ein fröhliches T a n z t r a n g e n s t a t t.

**\* Eine Fändung mit Hindernissen.** Zu dem Reisenden Hugo J a l o b o w i t s kam im Oktober v. J. der Gerichtsvollzieher Hundsdober, um eine Fändung vorzunehmen. Er pfändete dabei unter anderem auch ein Medaillon von der Uhrzette. Während er dann das Pfändungsprotokoll aufsetzte, ergriff Jakobowitz das Medaillon und steckte es sich in die Hosentasche. Vergeblich versuchte der Gerichtsvollzieher, es ihm wieder zu entreißen, bis er einen Schutzmann zu Hilfe holte. Dielem gegenüber sagte am Jakobowitz, der Gerichtsvollzieher sei betrunken und sei ein warmer — — — denn er habe ihm in die Hosentasche gesteckt. Als Gerichts- vollzieher habe er sich auch noch garnicht legitimiert und habe ihn beschließen wollen. Dafür hat das Schöffengericht jetzt den notwendigen Mann, da er wegen ähnlicher Dinge schon häufig vorbestraft ist, zu f e c h s W o c h e n G e f a n g n i s v e r u r t e i l t.

**\* Sich selbst bei der Polizei gemeldet haben zwei Müller- gesellen, die eingekanden, aus einer Mühle auf der Gleise Treib- riemen im Werte von 50 Mk. gestohlen und zu Stiefeln ver- wendet zu haben.**

**Literatur.**

**Zeitschrift für Holzarbeiter.** Heft 1 des hiesigen Jahrgangs- Januar 1909. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband. Berlin. Das Jahrheft macht die Leser in erster Linie mit den Bruno Paulschen „Tupenmöbeln“ bekannt. Robert Drees legt die

**Bedeutung jeder Arbeit, die in nicht weniger als 16 Abbildungen veranschaulicht werden, Kar. Sonst enthält das Fest an Erarbeiteten unter anderem eine Würdigung des englischen Architekten C. F. Ribbe und eine Abhandlung O. Winkelmüllers über Einbauten, Durchbauten, Anbauten und Bergarbeiten. (Mit Abbildungen.) Das Fest enthält insoweit 48 Abbildungen von Arbeiten Bruno Pauls, O. Berndts, Paul Wohlschütz, S. Krays, E. Schüttes und anderen.**

Das Nachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Berlin O 2, Neue Friedländerstr. 2.

**Versammlungen und Vereine.**  
**Gewerkschaftshaus.**  
 Freitag, den 22. Januar:  
 Geseften-Ausschüsse. Sitzung im Zimmer 2. Vortrag über den neuen Verhandlungsmodus für das Danowert.  
 Sonnabend, den 23. Januar:  
 Buchbinder. General-Versammlung. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. Wichtige Verbandsanalysenarbeiten. Zimmer 2.

Sonntag, den 24. Januar:  
**Buchbinder.** Gesellschaftlicher Familien-Abend. Abends 6 Uhr. Zimmer 2. Eintritt und Programme frei.  
 Montag, den 25. Januar:  
**Gesangsverein „Großhain“.** General-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer 1.  
**Arbeiter-Sängerbund.** Ausschuss-Sitzung im Zimmer 3 u. 4.  
**Sozialdemokratischer Verein Breslau.**  
 Abteilung, Distrikts- und Bezirksführer!  
 Montag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr: Abrechnung der Bezirksführer in den Distriktslokalen. Kontrollkarten und unverkaufte Beitragsmarken sind mitzubringen. Die roten Schreibstift-Marken werden eingegeben.  
 Distrikt 7.  
 Montag, den 25. Januar: Abrechnung der Bezirksführer. Die Sterb-Sammelstellen werden eingezogen. Auszahlung einiger säumiger Abonnentensammler.  
**Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).**  
 Neumarkt.  
 Land-Distrikt 2, Bezirke 1, 2 und 3. Sonntag Nach-

mittag 1 1/2 Uhr: Sabstaa in Schmiedefeld, (siehe Siebelt. Nicht eines jeden ist, zu erscheinen.)  
**Siegwitz.** Bauarbeiter-Schulung-Kommission. Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 9 Uhr: Sitzung.  
**Sirshberg.** Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter. Sonntag, den 24. Januar, Nachmittags 4 Uhr: Generalsammlung in der Andreadenkmal. Jahresbericht. Vorstandswahl. Wahl eines Delegierten zum Verbandstage. Anträge und Beschlüsse.  
**Kattowitz.** Metallarbeiter. Sonntag, den 24. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Allgemeine Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftslokal. Tagesordnung: Geschäftsbericht. Kassenbericht. Anträge. — Sonnabend, den 23. Januar, Abends 8 Uhr: Vertrauensmännerversammlung im Gewerkschaftslokal. — Der humoristische Abend findet am 7. Februar bei Salzmann statt.  
**Königshütte.** Metallarbeiter. Sonntag, den 24. Januar, Nachmittags 5 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftslokal, Rina 3. Vortrag des Kol. E. Malaila über Einflüß in das Leben der Arbeiterklasse.

**Gewerkschaftshaus**  
 Margaretanstr. 17.

**Stadt-Theater.**  
 Donnerstag 7 1/2 Uhr  
 „Ein Wintermärchen“.  
 Freitag 7 1/2 Uhr  
 „Martha“  
 über Der Markt in Richmond.  
 Samstag 7 1/2 Uhr  
 „Das Kleinmädchen“.

**Lobe-Theater.**  
 Donnerstag 7 1/2 Uhr  
 „Die Tür ins Freie“.  
 Freitag 7 1/2 Uhr  
 „Die Dollarbräutigam“.  
 Samstag 7 1/2 Uhr  
 „Moral“.

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**  
 Samstag-Abend: (Abendmahl-Vorstellung)  
 „Zappho“.  
 Sonntag-Abend  
 Humboldt-Verein  
 Selbst-Vorstellung:  
 „Der Raub der Sabinerinnen“.

**Thalia-Theater.**  
 Samstag 7 1/2 Uhr  
 „Der fidele Bauer“.  
 Sonntag-Abend und Sonntag  
 10-12 Uhr, Sonntag von 11-2 Uhr  
 Thalia-Theater und im Stadt-Theater.

**Schauspielhaus**  
 Donnerstag 8 Uhr  
 „Gretchen“.  
 Freitag 8 Uhr  
 „Die Föhler-Christel“.  
 Samstag 8 Uhr  
 „Der Revier“.  
 Sonntag 8 Uhr  
 „Gretchen“.

**Liebig's Etablissement.**  
**M. Kara**  
 und sein Orchester  
 Januar-Programm.  
 Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Viktoria-Theater.**  
**Ringkampf**  
 dazu das großartige  
 Januar-Programm.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Zeltgarten.**  
 St. H. Krainoth.  
 Ganz neues Programm!  
**II**  
 Spezialitäten!

**Orig. Welt-Panorama**  
 Gartenstraße (Markthalle). [275]  
 Sizilien, Erdbebengebiet.

**Sonntag, den 24. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr:**

Am 22. d. Mts. entriss uns der unerbittliche Tod nach langem, mit grosser Geduld ertragenen Leiden seinen innig geliebten Mann und Vater, Bruder, Schwieger- und Grossvater, Schwager, Onkel und Cousin, den früheren Schlosser  
**Wilhelm Gutschmann**  
 im 66. Lebensjahre.  
 Dies zeigt tiefbetrübt, um stille Teilnahme bittend, an  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
 Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Berliner Chaussee 17, aus nach Cosel.

Am 19. d. Mts. verschied nach langen, schweren Leiden unsere liebe Mutter, Grossmutter, Schwester und Tante, die verwitwete Frau  
**Karoline Jayte, geb. Keller,**  
 im Alter von 67 Jahren.  
 Dies zeigt tiefbetrübt, um stille Teilnahme bittend, an  
**Familie Jayte.**  
 Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Allerheiligsten-Hospital aus nach Pohlauwitz.

**Trauer-Hüte**  
 in grösster Auswahl zu billigen, festen Preisen.  
**M. Tichauer,**  
 Reuschestr. 47, part. u. i. Etage.

**Konsumverein „Solidarität“ z. Landeshut**  
 E. G. m. b. S.  
 Sonntag, den 31. Januar 1909, nachm. 1 Uhr, im Gasthof „zur Sonne“ in Landeshut  
**General-Versammlung**  
 Tagesordnung:  
 1. Geschäftsbericht über das erste Geschäftsjahr.  
 2. Antrag der Verwaltung auf Erwerb eines Hausgrundstückes.  
 3. Ergänzungswahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.  
 4. Anträge und Allgemeines. (H. a. Resolution Schmiedeburg-Jülicherthal.)  
 Anträge sind bis zum 26. d. Mts. beim Unterzeichneten einzureichen.  
 A. H. H. Ulber.

**Palmengarten**  
 St. H. Krainoth.  
 Heute Donnerstag:  
**Bockfest**  
 a la München  
**Baron Nickl.**  
 mit 125  
**Mignon-Orchester.**  
 Urgemächlich. 200  
 Entree frei!

**Altwasser.**  
 Zwei Einzel-Wohnungen  
 eine grösser und eine kleiner,  
 jede mit 2 Stuben mit Küche,  
 im Zentrum mit 1. Stock zu beziehen. Im  
 Rückgegend Riedel. 4. Dez. 48 d.  
 Gutgehende [237]  
 Wasch- u. Plätt-Anstalt [237]  
 in Kreis-, Garnison- u. Industriest.  
 Niederschl. die neueste Maschinen,  
 sehr billig, bei 2000 Mk. Anzahl., zu  
 verkaufen. Übernahme per bald.  
 Gel. Off. mit „Sichere Existenz“  
 an die Expedition d. Zeitung erb.

**Humboldt-Verein.**  
 Donnerstag, 21. Januar, abds. 8 Uhr,  
 im Restaurant „Hofenblüte“,  
 Berlinerstr. 70: [235]  
**Vortrag**  
 des Herrn Pastor Wachsmagel:  
**Kriminalfälle in  
 Breslaus Vergangenheit**  
 Eintritt für Jedermann frei!  
 8 Pf. Retornabier 8 Pf.

**Sofennäherin**  
 an der Jagd- u. Ziehbund ist b. zu  
 verk. Jah. Fachs, Gr.-Kochbern. [235]  
**Sofennäherin**  
 an der Jagd- u. Ziehbund ist b. zu  
 verk. Jah. Fachs, Gr.-Kochbern. [235]  
**Sofennäherin**  
 an der Jagd- u. Ziehbund ist b. zu  
 verk. Jah. Fachs, Gr.-Kochbern. [235]  
**Barbier- u. Friseurgeschäft**  
 Götschestr. 121, 2. Etage, Telefon:  
 Herkommen sehr und sehr mit gültige  
 Unternehmung. [173]  
**Artur Werner, Friseur.**

**Masken**  
 reichst Sonntagstr. 20, Markt. 233.  
**Wunderkellerei**  
 mit viele Bock  
 65-70 Pf.  
 Ralschisch 70, Gammaschisch 75, Rind-  
 schisch 80, ohne Zucker 80,  
 Zerolatschisch u. Gesschisch 80, mit  
 geliebtes Fett 80 Pf.  
**nur Fleischerei  
 Trebnitzerstr. 18.**  
 Verkauf gebr. Möbel!  
 Egel, Restil, Seifel, Sejel, Rannad,  
 21. Stuben-Verrichtungen zu 20, 50, 70 Pf.  
 Friedrichstraße Nr. 66. [290]  
 Heute gebr. Möbel, Federk., Stuhln.,  
 Kistl., Kasten gegen sofortige Zahlung.  
 Wabler, Gartenstraße 38. [290]

**Grillhorststr. 51**  
 Markthalle I, Std. 20.  
**Nr. 5 und Firma achten!**  
 Neue bekannt schaffe [152]  
**Casel-Butter**  
 jetzt nur 1.20 ist Stück.  
**Paul Misohke,**  
 Ring 5.

**Hansel's Etablissement, Pöpelwitz.**  
 Heute Donnerstag:  
**Gr. Bockfest à la München.**  
 Politische Sozialdemokratie. Karnevals-Stränzchen, Grante-Potonaie mit Gratis-  
 Verteilung genügend kleiner Gegenstände. Belles Lieder. Entree frei! [281]  
**Wilhelmsburg**  
 Mendorfstraße 54  
 Inhaber: Franz Hützel.  
 Telefon II 033. [280]  
 Heute Donnerstag: Tanz-Stränzchen, verbunden mit Gratis-  
 Präsent-Potonaie.

**Masken-Kostüme**  
 Grösstes Spezial-Verleih- u. Versandhaus 1. Ranges  
**A. Franz** Nach. H. Wiersing  
 Messergasse I, am Neumarkt. — Tel. 7996.  
 Fabrik histor. Festzugs- und Quadrillen-Kostüme.

Wir empfehlen besonders für  
 Vereins- und Verbandsbibliotheken:  
**Clara Müller-Jahnke**  
 „Ich bekenne“  
 Die Geschichte einer Frau. 3. Auflage.  
 Preis brosch. 3 Mk., gebd. 4 Mk.  
 „Wach auf!“  
 I. Band Gedichte. Preis brosch. 2 Mk., gebd. 3 Mk.  
 „Wintersaat.“  
 Letzte Gedichte.  
 Preis brosch. 2 Mk., gebd. 3 Mk.  
 Buchhandlung „Volkswacht“.

Soeben erschienen!  
**Franz Mehring:**  
**Gustav Adolf**  
 Ein Fürstenspiegel zu Lehr und Nutz  
 der deutschen Arbeiter.  
 Zweite verbesserte Auflage mit einem neuen Vorwort.  
**Preis 40 Pfg.**  
 Zu beziehen durch die  
 Buchhandlung „Volkswacht“.

**„In freien Stunden“.**  
 Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.  
 Durch die Expedition und Kolportage zu beziehen.

**Stimmen der Freiheit**  
 Blütenlese der hervorragendsten  
 Schöpfungen unserer Arbeiter-Volksdichter  
 790 Seiten stark  
 in Leinen gebd.  
**nur Mk. 3.00**  
 \* Buchhandlung „Volkswacht“ \*

**19. Grosses Volks-Konzert**

**Billig Fleisch.**  
 Ralschisch, alles . . . . . 60 Pf.  
 Gammaschisch, alles . . . . . 70 „  
 Schmorfleisch, ohne 80, mit 75 „  
 Schweinefleisch . . . . . 70 und 75 „  
 für Restauratione Wurst 70, 10 Pf. 65 „  
 Sternitzke, Schepenerstr. 6.

**Die Welträtzel**  
 von  
**ERNST HACKEL.**  
 Preis 1 Mk.  
 Buchhandlung  
 „Volkswacht“.

**Arbeiter-Notiz-Kalender 1909**  
 Preis 60 Pfg.  
 Buchhandlung  
 „Volkswacht“.

**Sozialdemokratisches Liederbuch**  
 von Max Kegel.  
 Preis 40 Pfg.  
 Durch unsere Expedition zu beziehen.

**Programm 30 Pfg.**



Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands.

Berlin, 18. Januar.

Die Debatte wird vom Kollegen Schmidt, Gaareitenarbeiter, eröffnet; er schildert die Verhältnisse in dieser Branche nach Einführung der Wandrolenfleuer...

Der Kollege Schmidt, Vertreter des Gewerbevereins, erklärt, daß auf diesem Kongress die Interessen aller Tabakarbeiter...

auch die Lithographie schädigen würde. Die Fabrikanten würden zunächst die Steuer an den Aufmachungen...

auch für die Buchbinder und Kartonnagenarbeiter...

zur Folge haben. Das Reich solle nur die empfindlichere Sparbarkeit befolgen, dann brauche man nicht tausende Arbeiter...

Das Barreau gibt bekannt, daß die Regierung zu diesem Antrag nicht eingeladen ist, weil sie bisher bei jeder Verhandlung...

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Robert Hausmann. Einer der Kunstgenossen Joseph Nothmann ist ihm im Tode gefolgt; in Wien, wo er vorzeitig...

Eine Entdeckung im Kölner Dom ist nach der „Kölnischen Zeitung“ bei einer kürzlichen Restauration an dem berühmten Hauptportal...

Der Clarenaltar war bekanntlich bisher dem vielgepriesenen Meister Wilhelm von Köln zugeschrieben worden, aber schon früh hatten sich Bedenken gegen eine einheitliche Durchführung...

2. Verhandlungstag.

Unbeteiligt sind die Abgeordneten Frohm, Böhle und Binder.

Die Debatte nimmt ihren Fortgang. Dem Mann-Berlin, Gaareitenarbeiter, nach Einführung der Wandrolenfleuer...

Die Not ins unflügliche steigern

und trotzdem hat der Abgeordnete Schmidt, Vorsitzender der sächsischen Tabakfabrikanten...

Thoma-Bremen. Der eben verlesene Brief des Abgeordneten Pauli ist wohl der Tausch...

Die weiteren Redner schildern in berebten Worten die Not der Tabakarbeiter...

Verdammen die Reinerneuerungsläne der Regierung.

Teichmann-Bremen, Vorsitzender des Tabakarbeiter-Bundes, betont, daß kein Gewerbe...

Die allgemeine Debatte dauerte bis Mittwoch Mittag. In der Plenarsitzung hat von Einem kein Schlusswort gehalten...

Aus aller Welt.

Ueber den Ausbruch eines Vulkans wird aus Manila gemeldet: Durch einen Ausbruch...

Erdbeben und Feuer.

In Reggio di Calabria sind gestern Vormittag mehrere zum Teil starke Erdstöße veripfirt worden...

Aus dem Kaiserleben. Die Soldatenindereien nehmen trotz aller Versicherungen der Regierung kein Ende...

Mit einem begeisterten Ausruf: „Tabakarbeiter, hinein in die Organisationen! Lasset Euch Macht und Brot!“...

Die bereits erwählte Resolution, deren Entwurf folgenden Wortlaut hat, wird einstimmig angenommen:

Der Tabakarbeiter-Kongress erwartet aus den hier angeführten Gründen, daß der Deutsche Reichstag...

Zunächst richtet der Tabakarbeiter-Kongress an die Deutsche Reichsregierung, an den Bundesrat...

Die Resolution nebst einer kleinen Deutschrift soll den Abgeordneten überreicht werden. Ebenfalls sollen dieselben...

Partei-Angelegenheiten.

Genosse Georg Becher aus Breslau, der bis vor kurzem als Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung“ tätig war...

Der erkrankte Genosse Goldstein, der einzige Sozialdemokrat im sächsischen Landtage...

Verfassung sozialdemokratischer Blätter. Wegen Verleumdung des preussischen Offiziers...

Arbeiterbewegung.

Zum Streikerkonflikt im Metallarbeiterverband. In der Verammlung der streikenden Arbeiter...

Die Scharfmacher an der Arbeit. Der Arbeitgeberverband Hensburga beschloß in einer außerordentlichen Generalversammlung...

hoff vom 139. Inf.-Regt. in Mühlheim a. Rh. wegen fortgesetzter Mißhandlung zu verurteilen. Bei Schießübungen...

Über die Militärgerichte können auch anders. So wird aus Magdeburg gemeldet: Das kantonale Kriegsgericht...

Nach einer anderen, unverhältnismäßig harten Strafe (ein Jahr sechs Monate, zwei Wochen Gefängnis)...

General-Verammlung ihr Ausicht in folgender Resolution zu...

Der Arbeitgeber Verband, C. W. Fleisburg, legt dem...

Aus Schlichen und Rosen.

Megau, 21. Januar. Paul Weider f. Am 20. d. M....

Megau, 21. Januar. Arbeiter-Aussland. Der...

Megau, 21. Januar. Von einer Lokomotive über...

Megau, 21. Januar. Zum Morde in der August...

Pardwitz, 21. Januar. Wassermangel. Hier herrscht...

Sannau, 21. Januar. Brandstiftung aus Not. Am...

Sachsen, 21. Januar. Zeitige Ankunft der Dampfer...

Landeshut, 21. Januar. Pflanzlicher Tod. Auf dem...

Striegau, 21. Januar. Auf die Zerkel. So lautet...

Die neuen Gebäulichkeiten der Striegau haben sich...

Bei den Sämnungsarbeiten auf Jechu Naddob ist...

Die neuen Gebäulichkeiten der Striegau haben sich...

kam deshalb der Votzel ganz unerwartet. Die beiden...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

Die Votzel selbst verhielt sich sehr zurückhaltend...

liegt darüber wollen wir nicht näher eingehen, aber...

Wieg, 21. Januar. Lieber ins Gefängnis als in...

Wieg, 21. Januar. Töblicher Sturz vom...

Tarnowitz, 21. Januar. Die Petroleumlampe. Die...

Lipine, 21. Januar. Gepuffert wurde Dienstag...

Posen, 15. Januar. Karfreitagsgesetz und...

Die Verordnungen des Oberpräsidenten der Provinz...

Wielun (Posen), 21. Januar. Verbranntes Vieh...

Briefkasten.

Spezialstunden der Redaktion: Wochentags v. 12-1 Uhr...

Christliche Anstalt wird nur ausnahmsweise erteilt.

H. A. Gräbchen. Wir glauben nicht daran, daß die...

H. A. Der Inspektor war im Recht. Sie müssen sagen...

M. Augustastrafe. Sie können den jungen Mann wegen...

H. W. 24. Der § 57, Absatz 4, des Kranken-Verf.-Ges.

H. A. Posen. Sie können für die Missetat Ersatz...

H. A. Jafrow. Einen Anspruch auf die Nachfolge...

H. A. Häslich. 1. Da Sie im Jahre 1907 aus der Kirche...